

- 4) Vgl. z.B. Yun Wen, "Die Voraussetzung zur Schaffung einer harmonischen Atmosphäre liegt darin, den Intellektuellen zu vertrauen" (chin.), GMRB, 11.6.86.
- 5) RMRB, 29.9.86, dt. Übers. in BRu, 7.10.86.
- 6) "Die Intellektuellen auf den Weg des gesunden Wachstums führen" (chin.), HQ 1986, Nr.18 (16.9.86), S.17-23. Engl. Übers. in SWB, 11.10.86.
- 7) "Welches ist die Mission der heutigen chinesischen Intellektuellen?" (chin.), GMRB, 23.1.87.
- 8) "Die Intellektuellen müssen ihr 'Engagement' für die Reform stärken" (chin.), GMRB, 20.1.88.
- 9) RMRB, 4.11.87; dt. Übers. in BRu, 10.11.87, hier S.IX.
- 10) Vgl. Leitartikel in GMRB, 18.7.87; engl. Übers. in SWB, 31.7.87.
- 11) "Diese Zeitung beruft eine Sitzung über die Probleme der Intellektuellen mittleren Alters ein" (chin.), GMRB, 15.7.87.
- 12) Ebd.
- 13) "Ming Bao" (Hong Kong), 1.9.87, nach SWB, 9.9.87.
- 14) Ebd.
- 15) Yang Peiqing, "Analyse und Implikationen der Mobilität von wissenschaftlich-technischem Personal" (chin.), GMRB, 6.1.88.
- 16) IHT, 28.12.87.
- 17) Als Quelle dienen der ZK-Beschluß über die "Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" (RMRB, 29.9.86; dt. Übers. in BRu, 7.10.86) sowie die erwähnten Artikel über die Intellektuellen in HQ 1986, Nr.18 (16.9.86) und in GMRB vom 11.6.86 und 20.1.88.
- 18) Z.B. Zang Kejia, "Nationalstolz und Verehrung alles Ausländischen" (chin.), GMRB, 21.2.87.
- 19) Vgl. Jörg-Michael Luther, "Liu Shao-Qis umstrittenes Konzept zur Erziehung von Parteimitgliedern", Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 100, Hamburg 1978, S.150 u. 151.
- 20) HQ 1986, Nr. 18 (16.9.86), S.23.
- 21) Vgl. C.a. 1987/8, Ü 24.
- 22) Zhou Zhonghou, "Das soziale Verantwortungsgefühl der Schriftsteller stärken" (chin.), RMRB, 3.3.87.
- 23) "Die Intellektuellen müssen ihr 'Engagement' für die Reform stärken", GMRB, 20.1.88.
- 24) Vgl. meine diesbezügl. Artikel in C.a. 1981/6, S.388-392 und 1987/2, S.143-147.
- 25) Zu Fang vgl. C.a. 1987/2, S.143-147.
- 26) Siehe z.B. Zhu Yaxuan, Zhu Ronglin, "Die Beziehungen zwischen der Partei und den Intellektuellen sind nicht leicht zu trüben" (chin.), RMRB, 20.1.87.
- 27) Siehe dazu Bonnie S. McDougall, "Mao Zedong's Talks at the Yan'an Conference on Literature and Art", Ann Arbor 1980, S.11.
- 28) Zur Intellektuellenflucht vgl. C.a. 1980/6, Ü 16.
- 29) Zur "Xungen"-Literatur siehe Goatkoei Lang-Tan, "Auf der Suche nach der verlorenen Identität. Zum Phänomen der 'Xungen Wenxue' in der chinesischen Gegenwartsliteratur (1984-1987)", in: "Drachenboot", Nr.1/1987, S.30-34. Zur "obskuren Lyrik" und anderen modernistischen Tendenzen siehe D.E. Pollard, "The Controversy Over Modernism, 1979-84", in: The China Quarterly, No.104, Dec.1985, S.641-656.
- 30) Vgl. z.B. Zhou Zhonghou, "op. cit.", RMRB, 3.3.87.
- 31) Vgl. C.a. 1987/8, Ü 24.

Oskar Weggel

Geschichte und Gegenwartsbezug

Teil 4: Auf den Spuren des Sowjetmodells (1953-1957) Zwischen Fortschrittsoptimismus und Entmündigungsängsten

Gliederung:

1. "Von der Sowjetunion lernen": Königsweg oder Sackgasse?
 - 1.1. Die "Generallinie für die Übergangsperiode"
 - 1.2. Der Erste Fünfjahresplan (1953-57), ein Maßanzug nach stalinistischem Schnittmuster
 - 1.3. Neue Führungs- und Verwaltungsinstitutionen
 - 1.4. Die Militärdebatte
 - 1.5. Wissenschaft und Kultur: ein heißes Eisen
 2. Abkehr vom sowjetischen Weg: Auf der Suche nach einer eigenen revolutionären Identität
 - 2.1. Beginn einer erneuten "Sinisierung" des Marxismus
 - 2.2. Die Entfaltung eines chinesischen Sonderwegs auf drei Gebieten
 - 2.2.1. Der landwirtschaftliche Kollektivierungsprozeß unter Vollgas
 - 2.2.2. Hundert Blumen - hundert Giftkräuter
 - 2.2.2.1. Die schwierigen Intellektuellen
 - 2.2.2.2. Die "Hundert-Blumen-Kampagne"
 - 2.2.2.3. Die Rechtsabweichlerkampagne: Der Kampf gegen die "kleinen Ungarn"
 - 2.2.2.4. Die Doppelkampagne als Symptom für innerparteiliche Fraktionsauseinandersetzungen
 - 2.2.3. "Auskaufen" der Nationalen Bourgeoisie
 - 2.2.4. Der Gao/Rao-Fall - ein weiteres Konfliktsignal

3. Der VIII.Parteitag: Ein stilles Mahnmal in unruhiger Zeit
4. Die Außenpolitik im Zeichen der Koexistenz und der Friedenssehnsucht

1. "Von der Sowjetunion lernen": Königsweg oder Sackgasse?
Nachdem sich China seit Beginn der fünfziger Jahre außenpolitisch ganz "nach einer Seite gelehnt hatte", nämlich zur Sowjetunion hin, war es nur konsequent, wenn es jetzt, nach dem "Aufräumen mit der alten Gesellschaft", zu Hause auch gleich noch das sowjetische Modell übernahm, um den "Aufbau des Sozialismus" voranzutreiben.

Zwar bestanden zwischen der UdSSR von 1917 ff. und der Volksrepublik von 1949 ff. zahlreiche Unterschiede: Rußland war z.B. 1917 nur relativ unterentwickelt, während China i.J. 1949 nahezu vor dem wirtschaftlichen Nichts stand. Ferner hatte die Oktoberrevolution in einem aktiv imperialistischen Staat, dem zaristischen Rußland, der Umsturz in China dagegen in einem von ausländischen Mächten beherrschten Gemeinwesen stattgefunden, weshalb in China die Nationale Bourgeoisie für die KPCh durchaus bündnisfähig war. Was die Machtergreifung angeht, so war sie der KPdSU schon nach wenigen Wochen gelungen, und zwar in den Städten, während die KPCh 28 Jahre lang darum hatte kämpfen müssen, und zwar zumeist auf den Dörfern - ein Unterschied, der sich unweigerlich auf den "Arbeitsstil" beider Parteien auswirken mußte. Auch die aus der Vergangenheit tradierten Wertesysteme beider Völker hätten kaum verschiedener sein können. Auf der anderen Seite wiesen beide Revolutionen jedoch

zumind est eine Gemeinsamkeit auf, die sie für eine Entwicklung nach marxistischem Schema gleichermaßen ungeeignet erscheinen ließ - nämlich ein Höchstmaß an sozio-ökonomischer "Unreife". Die klassischen Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution, nämlich ein hoher Stand der Produktivkräfte und ein starkes, klassenbewußtes Arbeiterproletariat mußten also überhaupt erst geschaffen werden.

Hatte aber gerade in dieser Hinsicht die frühe Sowjetunion nicht überzeugende Lösungen hervorgebracht? Dies mußte sogar Mao Zedong anerkennen, der auf die Sowjetunion und auf "Internationalismen" aller Art sonst schlecht zu sprechen war. Er sparte denn auch nicht mit artigen Komplimenten an die Adresse Moskaus und holte bei seinem Bericht vor dem 2. Plenum vom 5. März 1949 die seit langem vergessene Formel wieder hervor, daß man "von der Sowjetunion lernen" müsse.¹ Eingedenk der Tatsache, daß die KPCh in Zukunft vor allem mit städtischen Gebieten fertig zu werden habe,² rückte er in seiner Klassenanalyse auch die Arbeiter wieder stärker in den Vordergrund.³ Moskau hörte es gerne und bot seine Mithilfe beim "Aufbau des Sozialismus" an. Kein Wunder, daß in den nächsten Jahren für alles und jedes nur noch das sowjetische Schnittmuster maßgebend wurde. In seiner anfänglichen Wirtschaftsplanung räumte Beijing, ganz nach stalinistischem Muster, der Schwerindustrie sowie der Zentralisierung den Vorrang ein. Gleichzeitig wurde die Landwirtschaft nach Kolchosemuster vergenossenschaftlicht oder aber nach dem Sowchosemuster in Staatsfarmen eingebracht. Auch das Erziehungswesen, der Wissenschaftsbetrieb und die Armee erhielten ein sowjetisches Gesicht. Würde aber, so konnte man sich schon jetzt fragen, eine solche "Überfremdung" auf die Dauer ohne Widerspruch bleiben?

1.1.

Die "Generallinie für die Übergangsperiode"

Bei der dem Entwurf zum 1. Fünfjahresplan seit 1951 vorgeschalteten Diskussion um die "Generallinie für die Übergangsperiode" (guodu shiqi zongluxian) ging es um die Frage, ob sich der "sozialistische Aufbau" Chinas in Sprüngen oder aber in Schritten vollziehen sollte. Die sowjetischen Berater, denen die eigensinnige Vorliebe des Mao-Flügels für umfassende Massenbewe-

gungen nicht verborgen geblieben war, drängten von Anfang an auf eine Schritte-Option, ohne deren Befolgung jede langfristige Wirtschaftsplanung im Handumdrehen zu Makulatur würde.

Das ZK beugte sich diesem Argument und optierte im Dezember 1952 für die vorgeschlagene Lösung - ein Beschluß, der freilich erst mit einjähriger Verspätung im Dezember 1953 bekanntgemacht wurde, nachdem es immer wieder Diskussionen gegeben hatte.⁴ Waren dem ZK in der Zwischenzeit vielleicht doch noch Zweifel gekommen?

Die Botschaft der "Generallinie" lief im wesentlichen darauf hinaus, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, des Handwerks, der Industrie und des Handels erstens eine "ziemlich lange Periode" in Anspruch nehme, daß zweitens eine schrittweise (und nicht etwa eine sprunghafte) Etap-penlösung anzustreben sei, und daß drittens Wirtschaftsentwicklung und revolutionäre Umgestaltung streng parallel zueinander verlaufen müßten: Mit dieser Forderung nach Simultaneität sollte offensichtlich allen Versuchungen vorgebaut werden, vorschnell sozialistische Produktionsverhältnisse einzuführen und zu glauben, daß dadurch automatisch höheres Wirtschaftswachstum in Gang komme. Nichts überstürzen, hieß die Losung!

Über Auseinandersetzungen innerhalb des ZK drangen in diesen Jahren keine Nachrichten durch die Schotten; aus der Tatsache jedoch, daß die drei Grundvorstellungen so scharf ausformuliert wurden, kann man den Rückschluß ziehen, daß gewissen, vor allem vom Mao-Flügel bevorzugten Lösungen (s.c.l. schnelle Übergänge, Neigung zu "Sprüngen", Vorliebe für den "Primat der Produktionsverhältnisse" und Überbetonung des Subjektiven) von allem Anfang an ein Riegel vorgeschoben werden sollte. Vorsichtsmaßnahmen solcher Art erfolgten nicht zu Unrecht, wie sich schon bald herausstellen sollte! Immerhin trug Mao den Beschluß damals in seinem öffentlichen Erklärungsverhalten mit.⁵

Insgesamt sollte die "Übergangsperiode" den Anlaufzeitraum 1949 bis 1952 plus die Zeitspanne von drei Fünfjahresplänen umfassen, also bis etwa 1967 dauern.

Mit dieser "Generallinie" war auf 1 1/2 Jahrzehnte hinaus ein Kurs "festgeklopft", mit dem sich ein Guerillaführer vom Format Maos, der bis dahin all seine Erfolge durch Massenbewegungen hatte erzielen können, höchstwahrscheinlich auf die Dauer nicht abfinden würde. Eine technokratische Schritt-für-Schritt-Strategie unter strenger Parteikontrolle mußte von ihm als Knebelung und als Fesselung der Revolution auf ein Prokrustesbett empfunden werden. Drei bis vier Jahre Übergangszustand mochten ja noch hingehen - aber eine Festschreibung bis 1967? Und dann noch das sklavische Kopieren eines fremden Modells, das bienenfleißige Russisch-Lernen und überhaupt das "Hinterdreinkriechen im Schneckentempo"? Zwanzig Jahre lang hatte Mao gegen die "Internationalisten" und gegen die fast fahrplanmäßigen Bevormundungsversuche durch die Komintern gekämpft. Sollte er jetzt, wo seine Bewegung mit Hilfe einheimischer Rezepte gesiegt hatte, demütiger sein als zu einer Zeit, da ein solcher Sieg noch in weiter Ferne lag?

Die Generallinie war m.a.W. das genaue Gegenteil dessen, was Mao in seiner bisherigen Erfolgskarriere an Erfolgsrezepten erprobt und erlernt hatte. Sie mochte zwar als ein momentanes taktisches Zugeständnis, nicht aber als eine Dauerlösung betrachtet werden.

1.2.

Der Erste Fünfjahresplan (1953-57), ein Maßanzug nach stalinistischem Schnittmuster

Drei Entwicklungsstrategien kamen für die rückständige Wirtschaft der VR China zu Beginn der fünfziger Jahre in Betracht, nämlich Priorität der Landwirtschaft (mit dem Ziel einer möglichst schnellen Industrialisierung auf Kosten der Bauern), Priorität sodann der Industrie oder aber Gleichzeitigkeit der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie.

Die chinesischen Planer entschieden sich, hierin kräftig unterstützt von den sowjetischen Beratern, für den zweiten Weg, wobei sie nicht etwa nur der Industrie als solcher Vorrang einräumten, sondern darüber hinaus sogar noch den Primat der Schwerindustrie festlegten, also fast sklavisch dem stalinistischen Muster folgten, obwohl das zutiefst bäuerliche China seinem ganzen Habitus nach für Schwerindustriellösungen alles andere als geeignet

erscheinen mußte. Damit war ein Weg vorgezeichnet, wie ihn die UdSSR seit 1928 genommen hatte, indem nämlich 40-50% des Investitionskapitals in den Industriesektor eingespeist wurden, von denen wiederum nicht weniger als 80% der Schwerindustrie zugute kamen, vor allem den Schlüsselbereichen Energiewirtschaft, Eisen und Stahl sowie dem Maschinenbau. Dies alles ging unvermeidlich auf Kosten der Leichtindustrie und der Landwirtschaft, die beide gefälligst arbeitsintensiv weiterbetrieben werden sollten.

Mit zwei Jahren Verspätung segnete der Nationale Volkskongreß am 31. März 1955 einen Fünfjahresplan ab, der in der Tat diesen stalinistischen Grundvorstellungen entsprach und der auf einen Abschied von allen bisherigen Praktiken der sinokommunistischen Bewegung hinauslief. Vorgesehen war der Aufbau von 694 Großindustrieprojekten, von denen 156 mit Hilfe der Sowjetunion errichtet oder aber modernisiert werden sollten, vor allem die Eisen- und Stahlkombinate von Anshan, Baotou und Wuhan, ein Kfz-Werk in Changchun und eine Traktorenfabrik in Luoyang. Mehr als 80% der Gesamtinvestitionen des Industriesektors wurden für den Schwebereich abgezweigt und davon wiederum 20% für den Maschinenbau und die Metallindustrie. Das Verhältnis Schwerindustrie zu Leichtindustrie sollte bei sage und schreibe 7:1 liegen! Alle Überlegungen kreisten m.a.W. um ein einziges Kraftfeld: die Schwerindustrie. Ihr wurde alles untergeordnet - die Leichtindustrie, die Landwirtschaft und überhaupt der Konsum. Dies alles konnte auf die Dauer nicht gutgehen und mußte in der Tat korrigiert werden - allerdings mit Jahrzehnten Verspätung!

Besonderes Augenmerk schenkten die Planer einer weiten Streuung der neuen Projekte - weg von der Küste und hinein ins Hinterland. Haupt Gesichtspunkt für diese konsequente Regionalisierung der Standortverteilung war das Bemühen, Produktionsorte möglichst nahe an die Rohstofflager heranzurücken und überall im Land Arbeitsplätze zu schaffen. Trotz dieser Streuung aber sollte die Lenkung dieser Industrien streng zentralisiert, d.h. von den Beijinger Ministerien her erfolgen.

Der landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert sollte sich im Planzeitraum um ein Viertel erhöhen, wobei allerdings, ganz im Gegensatz zu den Planungspraktiken der Sowjetunion, kaum Investitionen für die Mechanisierung vorgesehen wurden. Vielmehr ging die Führung von der bisher so bewährten Vorstellung - und Hoffnung - aus, daß sich Mechanisierung durch Mobilisierung ersetzen lasse. Die Landwirtschaft wurde m.a.W. zur Melkkuh der Industrie degradiert.

Charakteristisch für die Planung der Jahre 1953/1957 waren auch die Präferenzen für Projekte mit hoher Kapitalintensität, für fortschrittliche Produktionstechniken, möglichst ausladende Betriebsgrößen und für die Hinordnung des Außenhandels auf die Industrialisierung. Überall war hier m.a.W. die sowjetische Handschrift zu erkennen, zumal ja der ganze Plan an der Nabelschnur der UdSSR hing. Fast die Hälfte des chinesischen Außenhandels wurde im damaligen Zeitraum mit dem "großen Bruder" abgewickelt; 1957 lag der bilaterale Warenaustausch bei rd. 5 Mrd. Rubel. Von den 156 erwähnten Großprojekten, die mit sowjetischer Hilfe gebaut werden sollten, waren bis 1957 bereits 68 fertiggestellt und weitere Dutzend im Bau. Andere sozialistische Länder, unter ihnen die DDR, hatten bis 1957 zusätzlich 27 Industriebetriebe errichtet.⁶

Dem "Vorsitzenden" war bei diesem Planungswerk nicht wohl zumute: zuerst die "Schritte-Option" und nun auch noch dieser Fünfjahresplan! Wenn dies so weiterging, konnten er und mit ihm die meisten alten Guerillaführer aus der Kampfzeit sich gleich aufs Altenteil begeben! Alles, was ihnen bisher heilig gewesen war, von den Massenbewegungen bis hin zum permanenten Kampf gegen die Bürokratie, wurde durch diese neue Praxis auf den Kopf gestellt. Gefragt war nun vor allem ein neuer Typ von Funktionär - der Betriebsleiter, der Rechner, der Statistiker, der Ingenieur; der alte Partisanenadel würde vermutlich schon bald belächelt werden.

Während ein ganzes Volk die Ärmel hochkremelte, um die ehrgeizigen neuen Pläne in die Tat umzusetzen, begann es am fernen Himmel zu grollen, und schwarze Gewitterwolken zogen herauf.

1.3.

Neue Führungs- und Verwaltungsinstitutionen

Die Jahre zwischen 1953 und 1957 standen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch juristisch ganz im Sog des Sowjetmodells. Insbesondere das Jahr 1954 bedeutete den Höhepunkt der administrativen Verfestigung und Institutionalisierung. Damals bewegte sich die Entwicklung am meisten vom Yan'an-Recht hinweg. Neben der Verfassung ergingen in diesem Jahr Organisationsstatuten für sämtliche Staatsorgane, vom Nationalen Volkskongreß über den Staatsrat bis hinunter zu den Ortsausschüssen. 1955 und 1956 kamen "Modellregelungen" für die einfacheren und höheren LPGs heraus, die ebenfalls dem UdSSR-Vorbild folgten. Auch die meisten Wirtschaftsstrukturregelungen (Planungsausschüsse, einheitlicher An- und Verkauf bestimmter Gütergruppen, Handel und Vergabemodalitäten für Landwirtschaftsdarlehen) stammen aus diesen gesetzgeberisch so fruchtbaren Jahren. Wichtig für die Kontrolle über die städtische Bevölkerung waren auch die "Städtischen Einwohnerkomitees" und die "Sicherheitsaußenämter", wie sie am 31. Dezember 1954 eingerichtet und dem Sicherheitsministerium unterstellt wurden.⁷ Damals war ferner die Zeit, da der Ruf nach "einigermaßen vollständigen Grundstatuten wie einem StGB, einem ZGB, nach Prozeßordnungen, nach einem Arbeitsgesetz u.dgl." laut wurde.⁸ Immer auf Armlänge zum Sowjetmodell, erreichte die juristische Entwicklung ihre Peripetie während der Hundert-Blumen-Bewegung des Jahres 1957, in deren Verlauf es nicht zufällig gerade Juristen waren, die mit ätzender Kritik an den herrschenden Zuständen hervortraten.

1954 auch erging die erste als solche bezeichnete "Verfassung" der VR China, der allerdings nur ein verhältnismäßig kurzes Leben beschieden war, und die bereits 1975 durch eine zweite, 1978 eine dritte und 1982 durch eine vierte Verfassung abgelöst wurde, wobei der Text von 1982 wieder weitgehend aus der Verfassung von 1954 schöpfte.

Welch geringe Ehrfurcht die Verfassung von 1954 genoß, geht z.B. allein schon aus der Tatsache hervor, daß der Nationale Volkskongreß sich zwischendurch Tagungspausen von bis zu zwölf Jahren leistete, obwohl er eigentlich alle vier

Jahre hätte tagen müssen. Gänzlich in Makulatur verwandelte sich das Grundgesetz vor allem während der Kulturrevolution: Damals wurde z.B. der Posten des Staatspräsidenten abgeschafft, der NVK glänzte durch Abwesenheit, die örtlichen Regierungen und Volksvertretungen verwandelten sich in "Revolutionskomitees", ohne daß dies im Verfassungstext auch nur im geringsten zum Ausdruck gekommen wäre, und nicht zuletzt kamen auch die Justizorgane zum Erliegen - von einer Befolgung der so detailliert aufgeführten Grundrechte ganz zu schweigen!

Vom 15. bis 28. September 1954 fand in Beijing die erste Tagung des NVK statt. Er wählte Mao Zedong zum Staatsoberhaupt, Liu Shaoqi zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des I.NVK und Zhou Enlai zum Ministerpräsidenten. Vorausgegangen waren dieser Tagung vielfältig abgestufte Wahlen, die freilich ein etwas eingengesetztes Demokratieverständnis erkennen ließen, da die Bevölkerung nur einen jeweils festumrissenen Kandidatenblock "wählen" konnte, und da überdies Direktwahlen nur unterhalb der Kreisebene stattfanden, während vom Kreis an aufwärts Wahlmänner zum Zuge kamen. An dem 25 Jahre später erlassenen Wahlgesetz von 1979 wurde rühmend hervorgehoben, daß nunmehr für den Wähler die Möglichkeit bestehe, zwischen mehreren Kandidaten entscheiden zu können!

Formell gab es nach der Verfassung sechs staatliche Organe, nämlich den NVK, den "Vorsitzenden" (Staatspräsidenten), den Staatsrat (bestehend aus dem Ministerpräsidenten und den einzelnen Ministern), die örtlichen Organe (auf Provinz-, Sonderbezirks-, Kreis- und Gemeindeebene), die "autonomen Organe" der einzelnen Minderheiten sowie die Justizorgane (d.h. eine jeweils in vier Stufen aufgebaute Volksgerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft).

Der NVK, der als "höchstes Organ der Staatsmacht" firmierte und das Gesetzgebungs- sowie das Haushaltsrecht ausüben sollte, war von Anfang an kein "Parlament" im westlichen Sinne, da weder die Regierung (d.h. der Staatsrat) sein Vertrauen besitzen mußte (eher war es umgekehrt), noch das gesamte Volk in all seinen Schichten durch ihn vertreten war; insbeson-

dere gab es schon damals keine formelle Opposition, die abweichende Strömungen im Volke hätte "repräsentieren" können.

Im "Staatsrat", der eigentlichen Regierung des Landes, entstand nach 1954 ein breiter Fächer von Ministerien, deren ständig wechselnde Zahl zwischen zwei und drei Dutzend schwankte - ergänzt durch ein halbes bis zu einem Dutzend "Kommissionen", welche letztere den deutschen Ressortvorstellungen näherkommen als die - formell so bezeichneten - "Ministerien", die zumeist eher einer Großkonzernleitung ähneln - man denke etwa an die damals entstandenen verschiedenen Maschinenbaurechtsorte. Von Anfang an war der Ministerpräsident (1954-1975 Zhou Enlai) eine Schlüsselfigur, die nicht nur den politischen und administrativen Aufgabenbereich eines Premierministers westlichen Zuschnitts zu bewältigen hatte, sondern daneben auch oberster Planungschef in Wirtschaftsangelegenheiten, oberster Direktor der volkseigenen Fabriken, Chef der staatlichen Landwirtschaftsfarmen, oberster Banker, höchste Instanz des Wissenschaftsmanagements, oberster Richtliniengeber für die staatlich gelenkte Presse und, da es de facto keine Unabhängigkeit der Gerichte gab, auch oberste Gerichtsstanz und oberster Staatsanwalt war.

Die "lokalen Volkskongresse und -regierungen" wurden auf drei Ebenen (Provinzen, Kreise, Gemeinden) angesiedelt. An der Nahtstelle von Gemeinde- und Selbstverwaltungsebene liegt seit damals die hochsensible Berührungszone zwischen staatlichem und autonomem Sektor, zwischen der Interventions- und der Abschottungssphäre, zwischen Transdanwei- und Danweibereich. In den Städten vor allem mußten sich das staatliche "Straßenbüro" sowie das "Sicherheitsaußenamt" von Anfang an Mühe geben, mit besonderem Fingerspitzengefühl vorzugehen, wenn sie vermeiden wollten, daß sich die Einheiten vor ihrem Zugriff ständig einigelten. Hier, beim Sicherheitsaußenamt, hatten sich die Mitglieder der Nachbarschaften registrieren zu lassen. Hier wurden die Rationierungskarten an die Danweis weitergegeben, hier wurden die Migrationsschleusen bedient, und hier auch wurden Sicherheitsaufgaben wahrgenommen. Ebenso wie in späteren Jahren stand die staatliche Polizei schon damals vor dem Dilemma zwischen

Gefahrenabwehr und Sozialisationsauftrag. In den modernen westlichen Polizeiordnungen wird ja die Aufgabe der Polizei negativ definiert, nämlich als Gefahrenabwehr, auf die sich die Sicherheitskräfte gefälligst zu beschränken haben. Im Gegensatz dazu verstand sich der chinesische Sicherheitsapparat vor allem in Zeiten politischer Großkampagnen stets eher als "Sozialisationsorgan" im Sinne des altpreußischen "Polizey"-Begriffs; er sollte m.a.W. nicht nur Gefahren abwehren, sondern Sicherheit im weitest gefaßten Sinne "gewährleisten", also die Bevölkerung erziehen. "Örtliche Sicherheitsverwaltung" sollte weitgehend im Danweibereich stattfinden, während im Transdanweibereich Behörden und Ganbus (Funktionäre) das Wort führten.⁹

Unabhängig von den verfassungsrechtlichen Neuerungen blieb das Gefüge der Doppelhierarchie von Partei und Regierung ganz im leninistischen Sinne weiterhin bestehen. Parallel zum territorialen Stufenaufbau der Regierungsorgane verliefen also - bis hinunter in die letzten Kapillaren - nach wie vor auch die Stränge des Parteiapparats.

Bestehen blieben darüber hinaus die "Volks- oder Massenorganisationen", die nach wie vor als Zweig- und Hilfsstellen der KPCh fungierten, Auge, Ohr und Mund der Partei waren und sich außerdem hervorragend als Instrumente der Mobilisierung und Kontrolle von Arbeitern (Gewerkschaften), Bauern (Bauernverbände), Schriftstellern und Künstlern (Schriftstellerverband usw.), Wissenschaftlern und Technikern, Jugendlichen (KJL), Frauen (Frauenbund) und religiösen Gruppen eigneten.

Den Charakter von Massenorganisationen nahmen auch die nicht-kommunistischen Parteien (oder "Acht Demokratischen Parteien") an - darunter eine Reihe von linken Absplitterungen aus der alten Guomindang. Ihnen war die Aufgabe zugedacht, für die Anbindung ihrer jeweiligen, zumeist aus der Nationalen Bourgeoisie oder aus der Kleinbourgeoisie (Intelligenzija) stammenden, Klientel zu sorgen. Eigene Initiativ- oder gar formelle Oppositionsrechte standen ihnen dagegen nicht zu. Zusammen mit religiösen Gruppierungen, mit Minderheitenvertretungen - und sogar mit der KPCh - fanden sie sich organisatorisch vereint unter dem gemeinsamen Dach der "Kon-

sultativkonferenz des chinesischen Volkes" wieder, die als Restbestand der einstigen Nationalen Front (1937-1945) beibehalten wurde, und die vor allem den Zweck eines Demonstrationsobjekts hatte, das immer dann aus der Versenkung gehoben wurde, wenn Anlaß dazu bestand, die Demokratiereserven der VRCh vorzuzeigen.

1.4. Die Militärdebatte

Was die VBA anbelangt, so blieb sie nach wie vor eine "Parteiarmee"; es dauerte bis 1982, ehe sie durch eine neue Verfassung zumindest formell zur "Staatsarmee" umfunktioniert wurde. Hatte die Armee in den dreißiger und vierziger Jahren gleichzeitig drei Aufgaben auf einmal wahrnehmen müssen, nämlich zu kämpfen, zu produzieren und politisch am Aufbau der neuen Gesellschaft mitzuwirken, so mauerte sie sich jetzt, nach 1954, von einer "Kampftruppe" (zhandoudui) zur "Arbeitstruppe" (gongzuodui).¹⁰

Die Gründung des neuen Staatswesens hatte der VBA bekanntlich keine Atempause gebracht: Militärisch mußte sie sich, wie bereits erwähnt, schon 1950 in Tibet sowie in Korea bewähren, und politisch geriet sie in den Strudel einer Diskussion, die sich über mehr als drei Jahrzehnte hinziehen sollte und zahlreichen Veteranen der Kampfzeit die Karriere und den wohlverdienten Ruhestand kostete.

Ausgangspunkt für die Neuordnungsdiskussion war der "Augenöffner" Koreakrieg, in dessen Verlauf die Armeeführung die traumatische Erfahrung machte, daß sich moderne Waffen nicht allein durch einen erhöhten Einsatz an "Menschenmaterial" wettmachen lassen. Vor allem der damalige Oberkommandierende Peng Dehuai hatte die Überzeugung gewonnen, daß "Hirse und Gewehr" sowie Kampfmoral und politische Motivation allein gegen einen modernen Gegner nichts ausrichten könnten. Erkenntnisse dieser Art gingen in die Forderung ein, die chinesische VBA "Schulter an Schulter mit der Sowjetunion" zu modernisieren, und auf militärischem Gebiet dem sowjetischen Vorbild eher noch enger zu folgen als im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder aber ideologischen Bereich.

Forderungen dieser Art wurden noch verstärkt durch Modernisierungsanläufe, wie sie bereits 1949 begonnen hatten. Der Sieg über die

GMD-Truppen war noch mit rein infanteristischen Mitteln erkämpft worden. Nun aber galt es, neben dem Heer weitere Teilstreitkräfte aufzubauen, vor allem eine Luftwaffe, eine Marine, eigene Pionierverbände, Sondereinheiten für den chemischen Krieg und Fallschirmjägertruppen.

Korea-Erfahrungen und Modernisierungsbedürfnisse bildeten m.a.W. ein Doppelgespann, das die chinesische Führung dazu bewog, sich auch militärisch ganz zur UdSSR "hinzuneigen".

Zunächst schien China damit in der Tat einen idealen Griff getan zu haben: Zwischen 1950 und 1957 leistete die Sowjetunion an die VBA Militärhilfe in einer Größenordnung von vermutlich rd. 2 Mrd. US\$, und zwar durch Lieferung von Panzern, Artillerie, MiG-Jagdflugzeugen, verschiedenen Bootstypen und nicht zuletzt auch von Rüstungsproduktionsstätten. Nur auf atomarem Gebiet versagte Moskau den Chinesen die Mithilfe, obwohl es sich vorher dazu vertraglich verpflichtet hatte.

Im organisatorischen Bereich wurde die Übernahme des Sowjetmodells vor allem an zwei Stellen sichtbar, nämlich bei der Truppengliederung und beim Erlass der Wehrrfassungs- und der Offiziersgesetze vom 7. bzw. 9. Februar 1955. Hatten in der alten Armee noch eher "spontane" Regelungen geherrscht, so wurde nun jede Einzelheit des Soldatenberufs bis ins Detail hinein dekretiert, z.B. die Voraussetzungen für die Offizierslaufbahn, das militärische Rangsystem, die Modalitäten der Ernennung, der Beförderung und der Entlassung, die Rechte und Pflichten im Dienst, im Reservedienst und im Ruhestand, die Voraussetzungen für den Besuch von Militärakademien und das Rangsystem, das 14fach abgestuft war - vom Marschall bis hinunter zu zwei Leutnantsrängen. Am 27. September 1955 wurden die Dienstgrade und am selben Tag zehn verdiente Bürgerkriegsgenerale zu Marschällen ernannt.

Die Umstellung vom Freiwilligen- auf das Wehrpflichtprinzip, die "Regularisierung" (zhengguihua) der Offizierslaufbahn und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf waffentechnischem Gebiet riefen, wie es nun in immer nachdenklicherem Ton hieß, bei vielen Offizieren eine "professionalistische" Einstellung wach, die dem jahrzehntelang gepflegten Führungsstil der "Massenlinie" zuwider laufe.

Die überfällige "Militärdebatte" setzte nicht zufällig i.J. 1957 ein, also zu einer Zeit, da der maoistische Flügel am Sowjetmodell immer größere und schwärzere Flecken entdeckte. Sie sollte in den nachfolgenden Jahren zum Sturz von zwei Verteidigungsministern, sechs Generalstabschefs, zahlreichen Kommandanten der Teilstreitkräfte und nicht zuletzt einer besonders hohen Zahl von Politikkommissaren führen - ein Zeichen dafür, daß es sich hier auch um einen sorgfältig verkleideten Machtkampf handelte. Gleichzeitig warf die "Debatte" aber auch echte Sachfragen auf:¹¹

- War der Feind (damals der "US-Imperialismus") nur ein "Papiertiger", so daß man ihn, wie Mao behauptete, zwar taktisch ernstnehmen, strategisch aber verachten konnte, oder mußte man den Feind auch strategisch ernstnehmen und sich entsprechend mit modernsten Waffen ausrüsten?

- Hatte auch weiterhin die "Politik an erster Stelle zu stehen" ("Menschen sind wichtiger als Waffen") oder sollte die "Eisen- und Stahltheorie" gelten?

- Sollte sich China bei seiner militärischen Modernisierung eher auf die eigenen Kräfte verlassen oder sich weiterhin von der Sowjetunion abhängig machen?

- Sollte in Zukunft mehr oder aber weniger Politikkontrolle geübt werden?

- Sollte die Massenlinie oder aber die Hierarchielinie im Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaften vorherrschen?

- Sollte die VBA auch Produktions- und Milizaufgaben übernehmen oder sich auf den militärischen Bereich beschränken?

- Sollte die Miliz mit Priorität bedacht oder eher ins Abseits gestellt werden?

Während Mao Zedong, Lin Biao, Zhu De und andere Spitzenpolitiker mit zunehmendem Engagement jeweils die erste Alternative verfochten, wobei sie auf die Erfolge in den dreißiger und vierziger Jahren verwiesen, neigten Korea-Veteranen vom Range Peng Dehuais (damals Verteidigungsminister), Su Yus (Generalstabschef) und Luo Ruijings (Sicherheitsminister) zur zweiten Option und sprachen sich

für eine kleinere Qualitätsarmee, für intensives militärisches Training, für ein professionelles Offizierskorps und für enge Fühlungnahme mit der Sowjetunion aus.

1.5.

Wissenschaft und Kultur: ein heißes Eisen

Seit Mitte der fünfziger Jahre geriet der kulturelle "Überbau"-Sektor zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik, wie unten im Zusammenhang mit der Hundert-Blumen- und der Rechtsabweichlerkampagne näher auszuführen ist.

Zu den wichtigen Aufbauleistungen des Ersten Fünfjahresplans gehörten die Alphabetisierungs- und die Schriftreform-Kampagnen. Bedenkt man, daß noch bei der Volkszählung im Juli 1982 235 Millionen Analphabeten und Halbanalphabeten ermittelt wurden, so mag man die riesigen Dimensionen des Erziehungsfeldzugs in den frühen fünfziger Jahren ermessen.

Im Oktober 1955 verabschiedete die damals neugegründete "Kommission für Schriftreform" gemeinsam mit dem Ministerium für Bildungswesen ein Programm, das in drei Phasen abzuwickeln war: Zuerst sollten rd. 2.200 Schriftzeichen vereinfacht, sodann die Nationale Einheitssprache (putonghua) auf der Basis des Beijing-Dialekts standardisiert und schließlich, drittens, eine chinesische Lautumschrift auf der Grundlage des Lateinischen (die sog. "Pinyin") eingeführt werden. Offiziell wurde das Pinyin für alle Publikationen der Volksrepublik freilich erst mit dem 1. Januar 1979 verbindlich; dieses Verschriftungssystem wird übrigens auch im vorliegenden Text verwendet.

2. Abkehr vom sowjetischen Weg: Auf der Suche nach einer eigenen revolutionären Identität

2.1. Beginn einer erneuten "Sinisierung" des Marxismus?

Bereits in den dreißiger und vierziger Jahren hatte sich, unter dem Stichwort "Yan'an", ein höchst eigenwilliger sinokommunistischer Kurs herausgebildet, dessen Konturen sich allerdings nach Übernahme des Sowjetmodells zu verflüchtigen schienen. Kaum freilich waren die ersten Schritte auf diesem neuen Kurs getan, als sich auch schon Kritik erhob. Zumindest aus der Perspektive Mao Ze-

dongs, der ja auf den Wogen einer Levée en masse und mit Hilfe der "Massenlinie" an die Macht gekommen war, zeichneten sich schon jetzt unerfreuliche Perspektiven ab. Zwei Jahrzehnte lang hatte der Vorsitzende soziale Steppenbrände entzündet, Millionen von Bauern mobilisiert, unerwartete Entwicklungen mit der heißen Nadel genäht und vor allem gegen das in der chinesischen Gesellschaft so tief verwurzelte Bürokratismus angekämpft. Wie konnte ein Partisanenführer vom Zuschnitt Maos über den vom Ersten Fünfjahresplan begünstigten Vormarsch der Fachleute und Bürokraten glücklich sein, und wie eigentlich sollte der "Maoismus", dessen Kernelement ja bekanntlich die Massenselbstbewegung ist, mit der jetzt überall zutage tretenden Hierarchisierung, Funktionalisierung und Spezialisierung zurechtkommen!?

Mußte da nicht die Erinnerung an altchinesische Bauernerhebungen wach werden, die noch allemal damit geendet hatten, daß nach dem Abflauen des Sturms stets das Mandarinat wieder ans Ruder gekommen war? Sollte die sinokommunistische Revolution am Ende nur eine Art "metadaoistische" Bewegung gewesen sein, die erneut durch einen Metakonfuzianismus abgelöst würde? Schlimmer noch: Bestand da nicht die Gefahr, daß "der Klassenfeind" vielleicht sogar Kommandohöhen innerhalb der Partei besetzen und die Revolution von innen her aushöhlen könnte?

Sorgen bereitete vor allem ein neuer Typ von Funktionär, der alles vom Schreibtisch aus dirigierte und der vor allem "Beamte sein" wollte. Hatte man dafür jahrzehntelang gekämpft? Hatten die Chinesen es ferner nötig, sich so ganz von der Technologie, vom Geld und vom Rat Moskaus abhängig zu machen - und dies, obwohl sie ja in einem 28jährigen Ringen um die Macht selbst eine Fülle von eigenen Erfahrungen hatten sammeln können und übrigens auch ihren innenpolitischen Gegner aus eigener Kraft niedergerungen hatten?

Erschwerend kamen noch wirtschaftliche Engpässe hinzu: Mußten doch die hohen sowjetischen Maschinen-, Technologie- und (!) Rüstungsimporte bereits seit Mitte der fünfziger Jahre durch chinesische Agrarausfuhren bezahlt werden, die zu Versorgungsengpässen für die Bevölkerung führten. Hier zeigten sich die bitteren Früchte einer neuen Abhängigkeit!

Sollte China letztlich nicht doch seinen eigenen Weg gehen?

Schon während der "Ausrichtungsbewegung" in Yan'an hatte Mao betont, daß es keinen abstrakten, sondern nur einen konkreten Marxismus gebe, der sich an den jeweiligen Gegebenheiten zu orientieren habe. Mao, der China - außer zu zwei Besuchen in der Sowjetunion - nie verlassen hat, war stets von extremem Mißtrauen gegen ausländische Berater und Emissäre der Komintern, nicht zuletzt aber auch gegen jenen Typ des städtischen Intellektuellen erfüllt, der die wahren Gegebenheiten Chinas, vor allem die Lage des Bauerntums, nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Stets auf Tuchfühlung mit diesen Besonderheiten Chinas, machten denn auch die "Mao-Zedong-Ideen" einen Prozeß der ständigen Sinisierung des Marxismus durch, der nur einmal, nämlich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, unterbrochen wurde:

Die ersten, ganz auf China zugeschnittenen ideologischen Eigentwürfe entstanden mit der Flucht in die Jinggang-Berge und mit dem Aufbau einer Guerillaarmee weit weg von den Städten und fernab auch vom offiziellen KP-Zentrum, das noch auf Jahre hinaus in Shanghai verblieb. Der chinesischen Erde entwachsen damals die Forderungen nach einer eigenen KP-Armee, nach dem Aufbau von ländlichen "Stützpunktgebieten", nach einem lange hingezogenen "Volkskrieg" und nach der "Einkreisung der Städte" von den Dörfern her - kurzum nach Institutionen, über die in den marxistischen Klassikern nichts nachzulesen war. So sehr sich Mao auch immer wieder bemühte, alle dorfspezifischen Abweichungen mit den orthodoxen Formeln zu überkleiden, kamen doch an allen Ecken und Enden die chinesischen Besonderheiten zum Vorschein.

Als den städtischen KP-Führern der Boden Shanghais Anfang der dreißiger Jahre zu heiß wurde und sie sich gezwungen sahen, zu den bäuerlichen Stützpunktgebieten im Jinggan-Gebirge zu fliehen, kam es beinahe unausweichlich zum Konflikt zwischen den "Internationalisten" (Li Lisan, Wang Ming) und den von der Komintern als "Nationalisten" angeschwärzten Bauernführern um Mao und Zhu De. Die "Maoisten" wurden als "linkssektie-

rerisch", "kleinbürgerlich", "nationalistisch" und "voluntaristisch" angegriffen.¹² "linkssektiererisch", weil sie die Prinzipien des demokratischen Zentralismus angeblich durch ein "System uneingeschränkter Einzeileitung und durch militärische Führungsmethoden ersetzen",¹³ "kleinbürgerlich", weil ihre soziale Basis nicht das Proletariat, sondern die Bauernschaft und die Intelligenz ("Kleinbourgeoisie") sei,¹⁴ "nationalistisch", weil sie sich nicht den besseren Erfahrungen der Komintern unterwerfen wollten, und "voluntaristisch", weil sie glaubten, mit überstürzten Sozialisierungsmaßnahmen die schwache materielle Basis wettmachen zu können. Wie es um das Demokratieverständnis der Maoisten bestellt sei, gehe allein schon aus der Tatsache hervor, daß zwischen 1945 und 1949 lediglich zwei Beratungen im engsten Kreis der Parteiführung (Dezember 1947 und September 1948) sowie eine einzige Plenartagung des ZK (März 1949) stattgefunden hätten. Nicht einmal die Bodenreform sei durch die dörflichen Parteiorganisationen, sondern durch Arbeitsgremien angeleitet worden, die größtenteils mit parteilosen Armen Bauern und Tagelöhnern besetzt waren.¹⁵ In den Dörfern gebe eher die Armee als die Parteiorganisation den Ton an. Die "Maoisten" hätten also gegen nicht weniger als drei Prinzipien verstoßen, nämlich gegen das Monopol der Parteiführung, gegen das Prinzip der Kollektivleitung und gegen den Grundsatz, daß das Gewehr nicht über die Partei bestimmen darf.

Mao wollte solche Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen, sondern leitete 1942 jene "Ausrichtungsbewegung" ein, mit deren Hilfe seine "internationalistischen" Gegner bis 1945 im wesentlichen kaltgestellt wurden. Nicht zufällig gehörten die Jahre zwischen 1941 und 1945 zu den fruchtbarsten schriftstellerischen Jahren des Ideologen Mao. Vor allem der Vierte Band der Ausgewählten Werke ist weitgehend mit anti-internationalistischen Erörterungen gefüllt, in denen immer wieder die Rede von "Subjektivismus", "Sektierertum", "Schematismus" und von der Mißachtung der "Besonderheiten Chinas" die Rede ist.

Nötig sei eine "Sinisierung" (zhongguohua) des Marxismus - ein Begriff, der zum erstenmal in der Rede über den "Stellenwert der KP Chinas im Nationalen Krieg" vom Oktober 1938 auftauchte.

Allein schon aus der Tatsache, daß noch am 1. Juli 1951 unter den 5,8 Millionen KP-Mitgliedern nicht weniger als 3 Millionen Bauern waren, während aus der Arbeiterklasse nur etwa 6% stammten, ließ sich die schlichte Folgerung ziehen, daß die Uhren in China anders gehen mußten als in der Sowjetunion. Der Stamm des Marxismus-Leninismus sei zwar derselbe, doch Zweige und Blätter unterschieden sich.^{15a}

Gleichwohl schwenkten auch die Maoisten zu Beginn der fünfziger Jahre vom Sinisierungs- auf einen Sowjetisierungskurs um, weil sie hofften, dadurch ihr Erfahrungsvakuum in den Städten wettzumachen. Ideologisch fiel ihnen dazu freilich wenig ein. Wie das Schriftenverzeichnis Maos, vor allem der einschlägige Band V der Ausgewählten Werke zeigt, waren dies höchst unergiebig - schlimmer noch: ärgerliche Jahre, da an die Stelle der Eigenemanzipation der "Massen" immer mehr technokratische Lösungen traten. Damit war der Maoismus, der mit den seit Jahrzehnten praktizierten Massenbewegungen stand und fiel, praktisch an den Wurzeln getroffen. Wer konnte sich eine solche "internationalistische" Bevormundung auf die Dauer schon gefallen lassen!? In der Tat setzte der Widerstand spätestens seit 1955 ein. Wie schon 13 Jahre vorher, begann Mao eine erneute "Ausrichtung" zu fordern, und zwar mit einer Ungeduld, die durch lange ideologische Abstinenz und durch aufgestauten Unmut genährt war. Wie schon Mitte der vierziger Jahre begann eine neue "Sinisierungs"-Phase, die im Zeichen berühmter Essays steht, von denen die Reden "Über die zehn großen Beziehungen" vom 15.4.1956 und "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" vom 27.2.1957, nicht zuletzt aber auch "Über Propagandaarbeit" vom 12.3.1957 besonders charakteristisch sind.¹⁶ In all diesen Schriften tritt Maos Protest gegen eine Dauerkopie des ausgereizten Sowjetmodells und die unüberhörbare Forderung nach chinesischen Alternativen hervor.

In der westlichen Geschichtsschreibung wird die Herausbildung von ZK-Fraktionen im allgemeinen erst auf die Jahre nach 1958 datiert. Unterscheidet man jedoch zwischen latenten und manifesten Konfliktausbrüchen - die ersteren traten bereits, wie gleich noch näher zu beschreiben, seit 1955 zutage - so

erscheint der in der Überschrift gewählte Ausdruck "Inkubationszeit" für den Zeitraum 1953 bis 1957 durchaus nicht unangemessen. Schon damals war ja zu beobachten, wie sich am fernen Himmel ein Gewitter zusammenbraute.

Da die Heftigkeit der Auseinandersetzungen schon bald keinen mittleren Weg mehr zuließ, spitzten sich die Alternativen immer mehr auf "Zwei Linien" zu - und auf "Zwei Lager", die hier aus Gründen der terminologischen Praktikabilität kurz als Lager der "Maoisten" und der "Leninisten" bezeichnet seien: "Leninisten", weil es sich hier um einen Kreis von Personen handelt, die einer strengen Parteidisziplin, d.h. der Einhaltung einmal gefaßter Beschlüsse, das Wort redete: an ihrer Spitze Liu Shaoqi und Deng Xiaoping.

2.2.

Die Entfaltung eines chinesischen Sonderwegs auf drei Gebieten

Abweichend vom Sowjetmodell war die "Befreiung" in China das Werk nicht nur einer, sondern gleich vierer "Klassen" gewesen; drei von ihnen hatten inzwischen ihre Schuldigkeit getan und sollten in die Schranken gewiesen werden - die Mittelbauern, die Intelligenz ("Kleinbürgertum") und die "Nationale Bourgeoisie". Dazu bedurfte es freilich besonderer Methoden, deren Modalitäten schon bald zum Gegenstand heftiger innerparteilicher Kontroversen wurden.

2.2.1.

Der landwirtschaftliche Kollektivierungsprozeß unter Vollgas

Durch die Grundstücksumverteilung im Zuge der Bodenreform (1950/51) waren die meisten chinesischen Dorfbewohner zu "Mittelbauern" geworden, die ihren eigenen Vorteil zu wahren wußten und, anders als erhofft, dem Gemeinwohl durchaus nicht den obersten Stellenwert einzuräumen bereit waren. Dies und die nicht unbegründete zusätzliche Sorge, daß die Rückständigkeit der Landwirtschaft die Erfüllung des Industrialisierungsprogramms behindern könne, löste 1953 eine erneute Diskussion um die Modalitäten der landwirtschaftlichen Sozialisierung aus. Sollte man die Rückständigkeiten eher durch ein "rein wirtschaftliches" ("technokratisches") Förderungsprogramm für die Dörfer oder aber durch eine schnellere Sozialisierung der Landwirtschaft ("Befreiung der Produktivkräfte") zu überwinden versuchen? Die Leni-

nisten in der Partei plädierten eher für die erstere Methode, d.h. für Mechanisierung und Chemisierung, die Maoisten dagegen hauptsächlich für Vergemeinschaftlichung und Sozialisierung.

1953 war - offensichtlich auf Veranlassung Maos - eine Artikelsammlung mit dem Titel "Der sozialistische Aufschwung im chinesischen Dorf" erschienen, in dem Musterbeispiele aus den verschiedensten Gegenden zusammengetragen waren, die nun als Handreichung für andere, schwerfälligere Dörfer dienen sollten. Mao Zedong, der in elftägiger Klausur 120 dieser Berichte gelesen und z.T. kommentiert hatte, schrieb am 22.9.1955 ein Vorwort, das ohne lange Umschweife mit der gegenwärtigen Generallinie scharf ins Gericht ging und darauf hinwies, daß eine Übergangsperiode bis 1967 viel zu kleinherzig angesetzt sei und überhaupt keine Rücksicht auf die heißblütig vorwärtsdrängende "revolutionäre Spontaneität der Massen" nehme. Die meisten Kader seien viel zu ängstlich und "konservativ". Gedeihe eine Genossenschaft nicht auf der Stelle, werde sogleich wieder "Axt an sie gelegt und zur Auflösung geschritten - welcher Kleinmut!"¹⁷ Selbst er, Mao, habe den gegenwärtigen revolutionären Enthusiasmus unterschätzt; als er am 31. Juli die erfreuliche Feststellung machen konnte, daß sich inzwischen 16,9 Millionen bäuerliche Haushalte den Genossenschaften angeschlossen hatten, habe er sich nicht einen Augenblick lang träumen lassen, daß die Zahl bis Dezember des gleichen Jahres abermals zunehmen und bis auf 50 Millionen hochschießen könnte!¹⁸ Wozu also zögern, wenn die Dinge sich so rasch entwickelten!? Müsse die Partei nicht am Steuer des Zuges sitzen statt nur auf dem Trittbrett mitzufahren!? Leider dächten viele Genossen in "Schablonen",¹⁹ hielten es für unmöglich, in rückständigen Gemeinden Genossenschaften einzurichten, trauten den (analphabetischen) Bauern vielleicht zwar die Gründung, mangels Kapital und Buchhaltern aber nicht die Konsolidierung einer Genossenschaft zu, hielten das "politische Bewußtsein der Massen" für unterentwickelt und befürchteten außerdem eine Lawine von Arbeitslosen.²⁰ Sie behaupteten, daß "Hühnerfedern nicht zum Himmel fliegen",²¹ und daß "Genossenschaften der Habenichtse"²² nicht gedeihen könnten.

Zum Teil schickten sie sogar "Arbeitsgruppen" aus, die den Aufbau von Genossenschaften und damit die "Masseneigeninitiative" bremsen.²³

Offensichtlich zielte Mao hier vor allem auf Politbüromitglieder wie Liu Shaoqi, Deng Xiaoping, Chen Yun, Bo Yibo, Li Xiannian und Li Fuchun. Seien diese Genossen eigentlich unfähig, die "Begeisterung" der Bauern und ihren "gewaltigen Drang zum Sozialismus" nachzuempfinden?²⁴ Sei ihnen inzwischen jedes Empfinden für die "Schöpferkraft der Massen", für die Spontaneität und für ihre Fähigkeit zum Lernen durch Tun abhanden gekommen?²⁵ Wenn mehr als 500 Millionen Bauern zur sozialistischen Umgestaltung schritten, so sei dies ein "welterschütterndes Unterfangen, das nicht bei Windstille und sanftem Wellengeplätscher" vor sich gehen könne!²⁶ Ganz gewiß komme es zwischendrin immer wieder zu Fehlern und Entgleisungen - doch das dürfe einen echten Kommunisten nicht erschüttern; sei doch schon während der Kampfjahre die "politische Arbeit der Lebensnerv jeder wirtschaftlichen Tätigkeit" gewesen - eine Erkenntnis, die auch heute noch gelte.²⁷ Daher bitte etwas mehr Tempo: Zwischen der Gründung einer Genossenschaft des niederen Typs und ihrer Transformation zu einem Kollektiv des höheren Typs dürften im allgemeinen nicht mehr als drei Jahre vergehen.²⁸ Auch das Analphabetentum müsse sich in etwa sieben bis acht Jahren beseitigen lassen (in Wirklichkeit mußten die Volkszähler noch im Juli 1982 nicht weniger als 235 Millionen Voll- und Halb-analphabeten zur Kenntnis nehmen. Der hier sprach, war wieder der alte Mao mit seinen unverwechselbaren Formulierungen!

Wie war es um die Kollektivierung der Landwirtschaft damals im allgemeinen bestellt? Drei große Bewegungen sollten, wie sich später zeigte, den Übergang vom feudalistischen zum sozialistischen China vorankatapultieren, nämlich die "Landreformbewegung" (tugai yundong), die 1950 ff. durchgeführt worden war, zweitens die "Vergenossenschaftungsbewegung" (nongye hezuohua yundong) und (ab 1958) die "Bewegung zur Bildung von Volkskommunen" (renmin gongshe yundong). Die im vorliegenden Zusammenhang interessierende Vergenossenschaftungsbewegung war aufgrund eines ZK-Beschlusses vom 16.12.1951 eingeleitet

worden und verfolgte das Ziel, die chinesische Landwirtschaft von der "neudemokratischen" in die "sozialistische" Phase hinüberzuleiten, und zwar in drei Takten.²⁹

- Zuerst sollten sich durch den freiwilligen Zusammenschluß von zehn bis zwanzig Bauernfamilien sog. "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" (huzhuzu) bilden.

- Nächste Stufe des Sozialisierungsprozesses waren die sog. "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften niederen Typs" (zhujingongyeshengchan hezuoshe), die durchschnittlich sechzig bis achtzig Haushalte zusammenschließen und sich von den "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" dadurch unterscheiden sollten, daß die Mitglieder hier nicht mehr nur ad hoc, sondern planmäßig zusammenarbeiteten. Die Produktionsmittel (Boden, Zugtiere, Geräte) sollten zwar noch Individualeigentum bleiben, inzwischen aber systematisch bei der Kollektivarbeit eingesetzt werden. Die Genossen erhielten bei der Gewinnaufteilung eine Art Dividende, die nach dem Umfang der von ihnen eingebrachten Produktionsmittel zu bemessen war. Ein Teil des Gewinns ging in den Akkumulationsfonds der Genossenschaft.

- Seit Frühjahr 1955 kam es dann zur Gründung der "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften höheren Typs" (gaoji nongyeshengchan hezuoshe) und damit zur Entprivatisierung und Kollektivierung sämtlicher Produktionsmittel. Auch die Gewinnaufteilung erfolgte jetzt nicht mehr nach Maßgabe der eingebrachten Produktionsmittel, sondern nur noch nach der Arbeitsleistung des einzelnen Genossen.³⁰

Die Frage, wie schnell die Genossenschaften von der niederen zur höheren Form übergehen könnten - und sollten -, wurde Mitte 1955 zum brisantesten Diskussionsstoff des politischen China. Vor allem bei der Konferenz der Provinzsekretäre vom 31. Juli 1955³¹ zog Mao gegen jene "Genossen" vom Leder, die "wie Frauen mit eingebundenen Füßen schwankend ... hinter der neuen sozialistischen Massenbewegung ... herlaufen und sich in einem fort bei anderen Leuten beschweren, daß sie zu rasch gingen. Ständiges Nörgeln, unangemessene Vorwürfe, endlose Befürchtungen und zahllose Vorschriften und Verbote - sie glauben (allen Ernstes), daß dies der richtige Kurs für die Anleitung der sozialistischen Massenbewegung auf dem Dorf ist".

In einer kurze Zeit später gehaltenen Rede über den "Kampf gegen Rechtsabweichung und Konservatismus", die in den offiziellen ausgewählten Werken bezeichnenderweise nicht abgedruckt ist, tauchen dann zum erstenmal Formulierungen auf, die zum Standardwortschatz der späteren "Große Sprung"-Politik werden sollten, insofern hier nämlich überall von "Beschleunigung", "Vorziehen" und "Verkürzung" der Zeiträume die Rede ist. Man müsse "die Geschwindigkeit erhöhen, in allen Bereichen 'schneller, mehr und besser' arbeiten und in relativ kurzer Zeit verhältnismäßig gute Ergebnisse erzielen"; es gelte, gegen "Konservatismus, Rechtsabweichertum, Passivität und Hochmut" anzukämpfen.³²

Was Mao hier vorschlug, hatte mit der Generallinie von 1952 nichts mehr zu tun.

Nur zögernd folgte die ZK-Mehrheit den stürmischen Aufrufen und beschloß am 11. Oktober 1955, offensichtlich schluckend und mißtrauisch, eine Beschleunigung des Tempos mit der Maßgabe, daß die Bewegung zur Errichtung von Genossenschaften niederen Typs bis Frühjahr 1958 abgeschlossen sein solle.³³ Doch auch damit war der Vorsitzende noch keineswegs zufrieden. Am 21.12.1955 beriet er mit einigen Provinzparteisekretären die Frage einer abermaligen Tempoverschärfung und ließ eine "17-Punkte-Umfrage" zirkulieren,³⁴ in der vorgeschlagen wurde, die höhere Stufe der Vergenossenschaftlichung womöglich schon bis Ende 1959 anzupeilen. Außerdem erbat er Antwort auf folgende Fragen: Wieviele Personen sollen einer Genossenschaft des höheren Typs normalerweise angehören? Welche Formel soll gelten: "1 Gemeinde = mehrere Genossenschaften", "1 Gemeinde = 1 Genossenschaft" oder "1 Genossenschaft = mehrere Gemeinden"? Wieviele Genossenschaften sollen im ganzen Lande gebildet werden - 300.000, 400.000 oder 500.000? Wie schließlich soll der Gründungsprozeß verlaufen: "Zuerst Zusammenlegung und dann Weiterentwicklung zur höheren Stufe" oder "Verschmelzung und Höherentwicklung gleichzeitig" oder "Separate Höherentwicklung und erst dann Verschmelzung"? Zu welchen Anteilen sollen Arme und Untere Mittelbauern in den Genossenschaftsleitungen vertreten sein?

Erneut mußte das ZK angesichts des inzwischen eingetretenen Stimmungswandels in den sauren Apfel beißen und, wie Mao betont, nach heftigem "Zwei-Linien-Kampf"³⁵ im Januar 1956 einem "Zwölfjahresplan für die Landwirtschaft" zustimmen, in dem festgelegt wurde, daß bereits Ende 1956 85% aller Bauernhaushalte in Genossenschaften des niederen Typs zusammengeschlossen sein sollten - und dies, wohlgemerkt, bei Wahrung der "Freiwilligkeit"! Bis Ende 1958 solle überdies die "Hauptarbeit" bei der Vergenossenschaftlichung höheren Typs geleistet sein.³⁶ Im Zwölfjahresplan wurden insgesamt vierzig Einzelpunkte niedergelegt, angefangen bei Themen wie Wasserhaushalt, Mechanisierung, Düngemittelversorgung, Wechselwirtschaft und Volkskrieg gegen die "Vier Plagen" (Ratten, Sperrlinge, Fliegen, Moskitos) bis hin zum Kampf gegen den Analphabetismus (Lösung des Problems in 5-7 Jahren ab 1956) (sic!), gegen Volkskrankheiten und gegen Arbeitslosigkeit. In einer Hinzufügung aus dem Jahre 1957 wurde zum erstenmal auch die Geburtenkontrolle angesprochen. Die "40 Punkte" waren aus der "17-Punkte-Umfrage" vom 21.12.1955 hervorgegangen!

Am 17. März und am 30. Juni 1956 schließlich ergingen "Modellvorschriften" für die "niederen" und "höheren" Formen der Genossenschaften.³⁷

Gestützt auf diese Beschlüsse ließ sich das Kollektivierungstempo wie eine Rotationsmaschine an: zuerst langsam und dann bei gleichmäßigem Anziehen zu aberwitzigem Tempo. Im Juni 1955 gab es bereits 650.000 Genossenschaften, im Oktober 1,28 Mio. und im Dezember des gleichen Jahres gar 1,9 Mio. Mitte 1956 waren, wenn man der Propaganda glauben durfte, auch die Genossenschaften des höheren Typs unter Dach und Fach!

Innerhalb nur eines einzigen Jahres waren also die Produktionsverhältnisse der Volksrepublik von Grund auf umgestaltet worden, ohne daß die Entwicklung der Produktivkräfte (Maschinen, Düngemittel, Bodenqualität etc.) bei diesem Tempo auch nur annähernd hätte mithalten können. Die Folge dieser "voluntaristischen Politik"³⁸ war ein riesiger "Widerspruch", der wiederum "Kommandismus", Ineffizienz und bäuerliche Nöte nach sich zog. In einigen Teilen des Landes, vor allem im südwestlichen Guangxi,

kam es zu Hungersnöten, in deren Gefolge Bauern starben oder panikartig aus den heimgesuchten Gebieten zu fliehen versuchten.³⁹ Auch in den Städten machte sich 1956/57 eine deutliche Nahrungsmittelverknappung bemerkbar.

Auf diese neue Herausforderung antwortete Mao nicht etwa mit einer Verlangsamung, sondern, im Gegenteil, mit einer abermaligen Verschärfung des Sozialisierungstempes. Noch schnellere Vergenossenschaftlichung und intensiverte sozialistische Erziehung seien das Gebot der Stunde! Vor allem müsse der inzwischen eingerissenen Praxis, daß die Bauern nämlich ihre Ernten vor den Aufkäufern verstecken und sie dann zu höheren Preisen auf dem Freimarkt verkaufen, ein Riegel vorgeschoben werden. Dies aber lasse sich nur durch eine raschere Kollektivierung (und eine damit einhergehende ideologische Selbstbesinnung) bewerkstelligen. Die Revolution fördere damit letztlich auch die Erhöhung der Produktion.

Gewiß war es kein Zufall, daß zu dieser Zeit auch eine Fülle von neuen, inzwischen weltberühmt gewordenen und von Mao höchstpersönlich geprägten Leitsätzen auftauchte, wie z.B. die Formel von den "Vorzügen der Armut und der Rückständigkeit", vom chinesischen Volk als einem "unbeschriebenen Blatt Papier, auf das sich die schönsten Schriftzeichen tuschen lassen" und nicht zuletzt auch die maoistische Kernmaxime, daß die "Politik das Kommando führt".

All diese Thesen und Maßnahmen wurden von der Sowjetunion als "Mißbrauch der Autorität von Partei und Staat" und als "grobe Verletzung der Grundprinzipien des Leninschen Genossenschaftsplans" verurteilt; vor allem sei das Prinzip des freiwilligen Beitritts verletzt und auf die Bauern "administrativer, politischer und moralischer Druck" ausgeübt worden.⁴⁰ Die Revision der Generallinie habe die "prinzipielle Abkehr vom wissenschaftlichen Kommunismus ... und die Hinwendung zu einem reaktionären kleinbürgerlich-gleichmachereischen Utopismus" eingeleitet und zu einer "voluntaristischen" Gleichsetzung des Sozialismus mit bloßer Vergesellschaftung der Produktionsmittel (ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Stand der "Produktivkräfte") geführt. Eine solche Politik, die den Grad des Sozialismus

vom bloßen Wandel der "Produktionsverhältnisse" abhängig mache, sei zutiefst "idealistisch" und habe mit Marxismus nichts mehr zu tun.⁴¹

Mao ließ sich durch solche Einwände nicht entmutigen. Beim 6. Plenum des VII. ZK stellte er erneut fest, daß man Genossenschaften auch ohne Telefone und Buchhalter, ohne Maschinen und auch schon mit ein paar weniger Kadern organisieren könne.⁴² Nicht auf das Kapital, sondern auf Gesinnung, Kampfgeist und richtige Ideologie komme es an.

Die Leninisten in der Partei hielten sich in strenger Disziplin zurück und ließen von den Dauerauseinandersetzungen nur wenig nach außen dringen. Ein leises Kräuseln an der Oberfläche allerdings gab es, als einige ominöse Artikel über wirtschaftliches "Abenteuerertum" (maojin) auftauchten.⁴³ Die Vergenossenschaftlichung sei, wie es dort selbstkritisch hieß, über die "realen Möglichkeiten" sowie über das "Niveau des politischen Bewußtseins der Massen" hinausgegangen. Jedermann mochte sich zusammenreimen, gegen wen solche Ausführungen gerichtet waren!

All diese Vorgänge zeigen, daß die Generallinie von 1952 schon wenige Jahre nach ihrer Verkündung wieder Makulatur geworden war, und daß das ZK unter einem Dauerdruck von seiten der maoistischen Gruppe stand, dem es nolens volens immer wieder nachgeben mußte, um den Prozeduralkonsens zu erhalten. Eines Tages aber würde die Gedulds- und Toleranzgrenze überschritten sein: dies war offensichtlich nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann.

2.2.2. Hundert Blumen - hundert Giftkräuter

2.2.2.1. Die schwierigen Intellektuellen

In ihrem Kampf gegen die "Feinde ohne Gewehr"⁴⁴ hatte sich die KP bisher stets einer Salamatik bedient, wobei die "Feinde" in der Regel nie die Zahl von "4-5%" übersteigen durften, damit auf der "richtigen Seite" "mindestens 95% Volk" übrigblieb. Wenn die erste Schicht dieser "Feinde des Volks" ausgeschaltet war, dann konnte man ja die nächste Scheibe anschneiden.^{44a}

Ganz in diesem Sinne waren in den Jahren zwischen 1949 und 1952 zuerst einmal ausländische Besitzstände enteignet, Grundbesitzer und Konterrevolutionäre ausgeschaltet und das "Kompradorentum" liquidiert worden - also durchwegs Gesellschaftsklassen, die als geborene Gegner des neuen Regimes gelten mußten. Ihre Angehörigen standen außerhalb des "Volks", dem zu dieser Zeit noch die vier Klassen der Bauern, Arbeiter, der Nationalen Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie zugerechnet wurden.

Seit i.J. 1952/53 die "Generallinie" beschlossen worden war, hatte das Vierklassenbündnis der Neuen Demokratie praktisch seine Existenzberechtigung verloren. Es galt also nun, die Mittelbauern, die Angehörigen der Nationalen Bourgeoisie sowie die zur "Kleinbourgeoisie" gerechneten Intellektuellen zu expropriieren oder aber umzuerziehen: das erstere geschah mit den Kaufleuten durch "Auskaufen" (dazu unten 2.2.3.), mit den Mittelbauern durch die Vergenossenschaftlichung.

Wie aber sollte man gegen die Intellektuellen vorgehen?

Wie für die chinesische Politterminologie nun einmal üblich, wurde auch der Begriff des "Intellektuellen" (zhishi fenzi) offiziell nie genau definiert - genauso wenig wie beispielsweise die Tag für Tag unzählige Male benutzten Termini "Ganbu" (Funktionär) oder "Gongren" (Arbeiter). "Man hat das entweder im Gefühl oder man wird es nie begreifen" - so etwa könnte man die hier übliche terminologische Beliebigkeit umschreiben. Möglicherweise steckt hinter dieser fast ostentativ praktizierten Unschärfe der Begriffe sogar System, nämlich die Überlegung, daß es nicht schaden kann, wenn die definitiven Ränder nur weiche Umrisse aufweisen; auf diese Weise lassen sich dann ja die jeweiligen Kampfbereiche bald ausweiten, bald wieder flexibel eingrenzen - je nach Bedarf.

Kein Wunder, daß angesichts der unpräzisen Begriffsbildung auch die Zahlenangaben recht verschieden ausfallen. So bezifferte z.B. Zhou Enlai die Intellektuellen 1956 auf 3,84 Millionen,⁴⁵ während Mao Zedong im März 1957 von 5 Millionen sprach.⁴⁶ Sogar dreißig Jahre später noch wurde die Zahl der Intellektuellen, je nach Definition, zwischen 6 und 25 Millionen ange-

geben. Legte man das Kriterium der Hochschulbildung zugrunde, so waren es nur 6 Millionen; verstand man unter den "Intellektuellen" dagegen all diejenigen Mitglieder der Gesellschaft, die vorwiegend Kopfarbeiten verrichten und deren praktische Arbeitsergebnisse nicht unmittelbar als Produkt der Mehrwerterschaffung hervortraten, so kam man auf 25 Millionen.⁴⁷

In scharfem Kontrast zur chinesischen Tradition waren die Intellektuellen im neuen China bisher mit Herablassung behandelt worden: Was hatten sie, ganz im Gegensatz zu Arbeitern und Bauern, schon zur Revolution beigetragen, und was leisteten sie denn eigentlich beim Aufbau des Sozialismus!? Seit 1956 hieß es jedoch auf einmal, daß man die Intellektuellen achten solle, daß sie auch besser bezahlt und mit mehr Dienstleistungen bedient werden müßten - für die 8.000 Angehörigen der Beijing-Hochschule hatte es bis dahin beispielsweise nur einen einzigen Friseurladen gegeben.

Drei Schichten von Intellektuellen galt es zu unterscheiden, nämlich erstens den Kreis aus der "alten Gesellschaft", der sich dem revolutionären Geschehen der Jahre vor 1949 verschlossen hatte, und dessen Loyalität daher erst mühsam durch Klientelisierung gewonnen werden mußte; die zweite Kategorie bestand aus Personen, die sich bereits vor 1949 der Revolution angeschlossen hatten und die dritte aus jüngeren, erst nach 1949 ausgebildeten Mitgliedern, die, wo immer möglich, aus den Reihen der Arbeiter und Bauern herangezogen worden waren. So unterschiedlich die Herkunft dieser "Intelligenzler" auch sein mochte, so sehr waren sie sich fast alle in ihrer skeptischen Haltung gegenüber dem Parteiparat einig; hatte doch inzwischen eine eigenmächtige Parteibürokratie von fast sämtlichen Kommandohöhen in den Bereichen der Kulturpolitik, des Erziehungswesens und der Massenkommunikation Besitz ergriffen und übte sich dort in einem nur selten von Sachkenntnis getrüben Kommandostil, der den Intellektuellen unmöglich gefallen konnte - und dies ausgerechnet zu einer Zeit, da, im Zeichen des Ersten Fünfjahresplans, eine immer dringendere Nachfrage nach Expertentum aufkam.

Vor allem der maoistische Flügel der Partei machte sich keine Illusionen über diesen ernüchternden Tatbestand und über den von Jahr

zu Jahr sich verschärfenden "Widerspruch" zwischen Parteibürokratie und Intelligenz, der von Extremisten beider Seiten ausgenutzt wurde: Auf der einen Seite kam es zu Pressionen der Partei gegen Angehörige der Intelligenz, auf der anderen Seite schlugen Vertreter dieser "Klasse" mit Anschuldigungen zurück, die von der Parteiführung nicht hingenommen werden konnten, wenn sie ihr Gesicht bewahren wollte.

Mitte der fünfziger Jahre mußte dieses Dilemma irgendwie entschieden werden. Es kam zur Entfaltung von zwei Kampagnen, die in ihrer Gegensätzlichkeit kaum krasser hätten ausfallen können, und die auch bei Außenstehenden schon bald den Verdacht aufkommen ließen, daß es um die Einigkeit im ZK nicht zum besten bestellt war.

2.2.2.2.

Die "Hundert-Blumen-Kampagne"

Mit Intellektuellen hatte sich der Mao-Flügel immer schon schwergetan. Es wäre ja auch verwunderlich gewesen, hätte sich eine Parteiführung, die zwanzig Jahre lang wie ein Fisch im Meer der Bauern schwamm, nun plötzlich auch im Teich der Intellektuellen wohlfühlt.

In der Auseinandersetzung zwischen Parteiführung und "Kleinbourgeoisie" hatte es bisher drei Höhepunkte gegeben, nämlich die Diskussion um den "Feudalismus"-freundlichen Film "Das Leben des Wu Xun" (1950/51) und, etwas später, die Kampagne gegen den "bürgerlichen Liberalen" Hu Shi, einen der führenden Köpfe der zwanziger Jahre.

Wie verkrampft solche Auseinandersetzungen verlaufen konnten, wurde vor allem bei der dritten Diatribe, der "Kampagne gegen Hu Feng", deutlich, die als Vorspiel der späteren Rechtsabweichler-Kampagne zu begreifen ist, und die streckenweise beklemmende Ausmaße annahm.

Der Schriftsteller Hu Feng hatte es 1941 gewagt, an Maos Yan'aner Ausführungen über Literatur und Kunst Kritik zu üben - eine Majestätsbeleidigung, die ihm niemals verziehen wurde und für die er 14 Jahre später die Quittung bekam, indem er zum Sündenbock einer ganzen Intellektuellengeneration abgestempelt und zum Angriffsziel

zahlloser Kritikveranstaltungen, Dutzender von Leitartikeln der *Volkszeitung* und zahlreicher Mao-Pamphlete ausgewählt wurde.

Auslösender Funke war ein, eigentlich von einem ganz anderen Autor verfaßtes, i.J. 1952 erschienenes Buch mit dem Titel "Studien über den Traum der Roten Kammer", also über den berühmtesten, etwa in der Lessing-Zeit entstandenen Roman der Qing-Literatur. Das auf den ersten Blick so harmlose Thema hatte hauptsächlich deshalb an Brisanz gewonnen, weil zahlreiche Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller, statt sich den Problemen der arbeitenden Bevölkerung zuzuwenden, die klassische Literatur als Alibi gewählt hatten, um nicht Farbe bekennen zu müssen. Dieser altbekannten Form der inneren Emigration sollte nun eine Lektion erteilt werden, die - wiederum typisch chinesisch - personalisiert und an jenem Hu Feng exemplarisch vollstreckt wurde, der sich in der Debatte wieder einmal zu weit aus dem Fenster gehängt hatte.⁴⁸ Kein Geringerer als Mao selbst trieb die Kritik gegen die "konterrevolutionäre Hu-Feng-Clique"⁴⁹ und die Diskussion über den "Traum der Roten Kammer" voran.⁵⁰ Nicht weniger als ein Fünftel seines veröffentlichten Werks aus dem Jahr 1955 beschäftigte sich mit dem Fall Hu Feng.

Hu und seine Mitstreiter wurden als "Konterrevolutionäre" ins Gefängnis geworfen, dort jahrelanger Torturen unterworfen und in den Selbstmord getrieben - ein "Fehlurteil", wie die Reformer 25 Jahre später feststellten, als sie Hu Feng rehabilitierten.

Es nützte dem Angegriffenen nichts, daß er zerknirschte Selbstkritik übte und seitenlange Selbstbeschuldigungsdokumente verfaßte, die als hochwillkommenes Anschauungsmaterial an Universitäten, Schulen und Ministerien mit der Empfehlung weitergereicht wurden, Personen vom Hu-Feng-Schnittmuster ausfindig zu machen.⁵¹ Zweck der Kampagne war es ja, landesweit die Hu Fengs "auszugraben" und sie vor die Schranken der Massenkritik zu zitieren - immer nach der Methode: vom Laserstrahl zum Flutlicht, von der Einzelperson Hu Feng zu sämtlichen (vergleichbaren) Intellektuellen.

Schon bald fühlte sich die Partei in ihrem scharfen Kurs durch Vorgänge bestätigt, die sich zwar fern von China ereigneten, die aber be-

wiesen, daß es um das Verhältnis zwischen KP und Intellektuellen offensichtlich nicht nur in China, sondern auch in der übrigen sozialistischen Welt schlecht bestellt war: gemeint waren die Auseinandersetzungen im Ungarn des Jahres 1956 und die "Oktoberunruhen" in Polen vom gleichen Jahr. Auch an den chinesischen Universitäten "kamen nun überall 'kleine Ungarn' hervor".^{51a} Der weltweit spürbar werdende Widerspruch zwischen Parteibürokratie und Intelligenz war nicht zuletzt durch die Entstalinisierungsthese Chruschtschows vom XX. Parteitag der KPdSU i.J. 1956 mit ausgelöst worden. Kurzum: Die Intellektuellenfrage begann auf den Nägeln zu brennen und bedurfte einer "Behandlung".

Drei Möglichkeiten standen theoretisch zur Wahl: Man konnte die Entwicklungen z.B. einfach treiben lassen. Dazu freilich hätte die KPCh über ihren eigenen Schatten springen müssen! Oder sollte man mit repressiven Mitteln vorgehen? Diese Option wurde, wie sich mit einiger Verspätung, nämlich 1957 herausstellte, zur ultima ratio, obwohl sie eigentlich ursprünglich nicht beabsichtigt war. Die dritte Möglichkeit bestand darin, die Schriftsteller und Wissenschaftler aufzufordern, doch bitte frei ihre Meinung und ihre Kritik an den etablierten Parteiinstitutionen zu äußern und im Zuge dieser Kritik auch selbst eine Katharsis zu durchlaufen, die am Ende zur Aussöhnung mit der KP führen könnte - so wie die Stimmung nach einem Gewitter besonders milde zu sein pflegt. Gleichzeitig wäre es auf der Gegenseite erforderlich, die Parteigremien einer erneuten "Ausrichtungsbewegung" zu unterziehen, um auch dort jene Kanten abzuschleifen, an denen sich die Intellektuellen so häufig gestoßen hatten.

Intellektuelle und Parteifunktionäre hatten sich in den vorausgegangenen Jahren zu weit voneinander entfernt; also mußte man sie - so die logische Schlußfolgerung - wieder zusammenbringen. Die einen sollten ein Stück hinauf-, die anderen ein Stück heruntersteigen, so daß man sich am Ende - "von gleich zu gleich" und "von Volk zu Volk" - irgendwo in der Mitte begegnen konnte: ein typisch maoistisch-egalitaristisches Leitmotiv, das in späteren Jahren noch häufig variiert werden sollte, z.B. bei der Lösung der "Widersprüche" zwischen Kadern und Bauern, zwischen "gebildeten Jugendlichen" und Arbeitern, zwischen Arbeitern und Soldaten usw.

Ganz in diesem Sinne verfaßte Mao Zedong damals zwei seiner berühmtesten Essays, nämlich "Über die zehn großen Widersprüche" vom 25.4.1956⁵² und "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" vom 27.2.1957.⁵³ Im ersteren Beitrag werden die nun einmal üblichen Spannungen, wie sie beispielsweise zwischen Schwerindustrie und Leichtindustrie, zwischen Küstengebieten und Landesinnerem, zwischen Wirtschaftsaufbau und Landesverteidigung, zwischen Zentrale und Lokalebene oder aber zwischen Han-Nationalität und den Minderheiten aufzutreten pflegen, als normale Phänomene, ja als Triebkräfte im ewigen Kampf der Widersprüche dargestellt. Keine Welt ohne Widersprüche; "an uns liegt es, sie richtig zu behandeln".⁵⁴ Merkwürdigerweise unterläßt es Mao freilich, das Verhältnis zwischen Intelligenz und Partei ausdrücklich zu den "zehn großen Beziehungen" zu rechnen.

Umso prägnanter kommt die Intellektuellenfrage dann aber in der Rede "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" zum Tragen. Zwei Arten von "Widersprüchen" (maodun) gelte es auseinanderzuhalten, nämlich die "Widersprüche zwischen uns und unseren Feinden", die "antagonistischen", also unversöhnlichen Charakters sind und nur mit den harten Methoden der "Diktatur des Proletariats" (Strafe, Verfolgung) gelöst werden können, sowie auf der anderen Seite die "Widersprüche im Volk", die sich durch Aufklärung und durch gegenseitige Erziehung bereinigen lassen; für sie gelte die Losung "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern".⁵⁵ Und wo liegen die Grenzen zwischen diesen beiden so verschiedenen Kategorien? Soweit jemand in Wort und Tat dazu beiträgt, die Einheit des Volkes zu stärken, die sozialistische Umgestaltung zu fördern, die demokratische Diktatur des Volkes zu konsolidieren, den demokratischen Zentralismus zu bestärken, die Führung durch die KP zu bejahen und die internationale sozialistische Einheit zu fördern, liege er auf der "richtigen" Linie,⁵⁶ gehöre also zum "Volk" und bedürfe lediglich der Belehrung und Aufklärung. Die Fehlritte der meisten Intellektuellen gehörten beispielsweise zu dieser harmlosen Kategorie der "Widersprüche im Volk".

Nur dort, wo diesen sechs Kriterien nicht Genüge getan wird, komme es zu "Antagonismen", denen gegenüber niemals und nirgends Nachsicht walten dürfe.

Dies war der ideologische Rahmen, in den jene Kampagne hineingestellt wurde, die es unter der Bezeichnung "Hundert-Blumen-Bewegung" (baihua yundong) zu Weltberühmtheit brachte und die den Parteiapparat von Januar 1956 bis Juni 1957 aufwühlte:

- Vom 14. bis 20. Januar 1956 fand eine ZK-Konferenz über die Frage der Intellektuellen statt, auf der Zhou Enlai das wohl bekannteste offizielle Referat zu diesem Thema gehalten hat. In China gebe es z.Zt., wie oben bereits erwähnt, 3,84 Millionen Intellektuelle, die in den Bereichen Forschung, Erziehung, Technik, Gesundheitswesen und Kunst tätig seien - eine Zahl, die den Bedürfnissen Chinas bei weitem nicht gerecht werde. Der überwiegende Teil der Intelligenz habe inzwischen den Charakter von Werktätigen angenommen: wenigstens 80% dürften als "progressive Elemente" gelten. Die wirklichen Gegner des Sozialismus ließen sich an der Hand abzählen. Es gelte, in Zukunft mehr Intellektuelle in die Partei aufzunehmen. Ferner müsse ein Zwölfjahresplan für die Entwicklung der Wissenschaft und Technologie entworfen werden.⁵⁷

In der Tat etablierte der Staatsrat im Anschluß an die Konferenz eine "Kommission für wissenschaftliche Planung", die unter Mitwirkung von rd. 600 Experten ein "Gesamtstaatliches Perspektivprogramm für die wissenschaftlich-technische Entwicklung zwischen 1956 und 1967" ausarbeitete.⁵⁸

- Im Mai 1956 tagte die "Oberste Staatskonferenz", bei der Mao zum erstenmal die "Hundert Blumen"-Parole ausgab; der Gesamttext der Begründungsrede wurde bis heute nicht veröffentlicht!

In den nun folgenden Monaten entfaltete sich die Kampagne in zwei Strängen, die streckenweise allerdings so eng miteinander verzwirrt wurden, daß man sie miteinander verwechseln konnte. Schon gleich im Mai wurden Künstler und Wissenschaftler aufgefordert, ihre Meinung an den herrschenden Zuständen frei zu äußern und offen Kritik zu üben. Gleichzeitig begannen in der Partei die Vorbereitungen für eine neue

"Ausrichtungsbewegung", deren Ziel es sein sollte, Korrekturen im Sinne der von den Intellektuellen angestellten Überlegungen und Anregungen vorzunehmen.

- Am 26. Mai 1956 hielt der Direktor der ZK-Propagandaabteilung, Lu Dingyi, eine Rede zum "Hundert Blumen"-Thema, die zum klassischen Dokument dieses Genres geworden ist.⁴⁹ Zweck der Kampagne sei es, "alle positiven Elemente zu mobilisieren und die Einheit auf der Basis des Patriotismus und des Sozialismus zu stärken". Zu diesem Zweck sei die gründliche Lektüre von vier Artikeln aus der Feder Maos zu empfehlen, deren erste drei bereits bei der Ausrichtungsbewegung von Yan'an Pflichtlektüre gewesen waren, nämlich "Über die Reform unseres Studiums", "Über die Berichtigung des Arbeitsstils in der Partei" und "Über die Ablehnung des Parteijargons" sowie einen *Volkszeitungs*-Artikel "Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats".

Der Yan'an-Bezug wurde auch noch dadurch unterstrichen, daß der ZK-Beschluß, der die Hundert-Blumen-Bewegung formell in Gang brachte, exakt am 27.4.1957, also dem 15. Jahrestag des Beginns der gleichnamigen Kampagne von 1942, erging. Der Direktive zufolge sollte die Kampagne eine sanfte ideologische Erziehung ("sanften Wind und feinen Regen", hefeng yiyu) durch systematische Kritik und Selbstkritik hervorbringen. Die zu diesem Zweck anberaumten Sitzungen sollten sich auf Minigruppen und auf Intensivdiskussionen unter vier Augen beschränken; auch "Kämpfe" sowie administrative Sanktionen sollten unterbleiben.⁶⁰ In Punkt 4 der Weisung wurden Schlüsselkader aller Ebenen aufgefordert, sich körperliche Mitarbeit an der Basis zur Gewohnheit zu machen. Ganz in diesem Sinne erging wenige Wochen später, nämlich am 14.5.1957, eine ZK-Direktive über die Teilnahme von KP-Führungspersonal aller Ebenen am Produktionsprozeß.⁶¹ Während der Yan'an-Zeit sei diese Praxis im Interesse der Einheit zwischen Kadern und "Massen" ganz selbstverständlich gewesen - und sie müsse einem Funktionär auch in Zukunft wieder zur zweiten Natur werden.

Punkt 5 der Direktive empfiehlt ein Vorgehen von oben nach unten: von der Provinz zu den Kreisen und von den Kreisen zu den Gemeinden.

Eine zeitliche Begrenzung - typisch für die klassische Kampagne - war diesmal nicht vorgegeben!

Im Zuge der zur Hundert-Blumen-Kampagne gehörenden Ausrichtungsbewegung kam es erstmals seit 1949 auch zur "Verwaltungsvereinfachung", wie sie bereits in Punkt 6 der Rede Maos über die "Zehn großen Beziehungen" erwähnt worden war. Manche Behörden und staatlichen Wirtschaftsunternehmen entließen damals bis zu 70% ihres Personals, das zum großen Teil "hinunter auf die Dörfer geschickt" wurde. Westliche Schätzungen gehen von insgesamt drei Millionen solcher Fälle aus.⁶² Durch diesen Zufluß städtischen Personals wurden auf den Dörfern einige Lücken gefüllt, die sich gerade im Zuge der Vergenossenschaftsbewegung aufgetan hatten, so z.B. beim Rechnungs- und Buchhalterwesen.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, so wäre spätestens durch diese Landverschickungspraxis deutlich geworden, daß die Stunde des Sowjetmodells geschlagen hatte, und daß nun die Yan'an-Tradition neu zu Ehren kam.

Neben den zahlreichen Ähnlichkeiten traten aber auch Unterschiede zu Yan'an hervor: Sowohl die Subjekte als auch die Objekte der "Ausrichtung" kamen z.B. diesmal nicht nur aus der KP, sondern ebenso von außerhalb. Auch die beim "Zhengfeng" eingesetzten Mittel waren z.T. neu, insofern sich nämlich die Kritiker diesmal nicht nur innerparteilicher Medien bedienten, sondern darüber hinaus auch Romane und Novellen sowie die *Guangming*-Zeitung, das "Leib- und Magenblatt" der Intellektuellen zum Forum ihres Mißbehagens und ihrer Gegenvorschläge erkoren.

Ganz im Gegensatz zu den Erwartungen der Partei blieb es in den Kulissen der potentiellen Kritiker zunächst still. Niemand wollte sich unvorsichtig vorwagen; konnte es sich hier doch um einen Köder handeln, mit dem man vielleicht in die Falle gelockt werden sollte.

Bedenken dieser Art hielten allerdings nur bis zum 1. Mai 1957 vor. Als dann an diesem Tag die "Ausrichtungsbewegung" formell angekündigt und nochmals die Aufforderung zu mutiger Stellungnahme erteilt wurde,⁶³ brach ein Gewitter los, in dessen Verlauf ein wahrer Sturzbach von Anschuldigungen

über die KPCh niederging. Wie immer dann, wenn heftige Emotionen im Spiel sind, schossen auch dieses Mal viele Forderungen weit über jene Grenzen hinaus, die der KPCh noch als diskutabel erscheinen konnten. Einige Demonstranten und Leserbriefschreiber forderten sogar die Rückkehr der Guomindang.

Die Hundert-Blumen-Kampagne hatte auf der Erwartung beruht, daß die Mehrheit der Intellektuellen den Kurs der KPCh unterstützten und daß ihre aufgestauten Restbedenken durch Öffnung der Kritikventile abgestoßen werden könnten. Sehr zur Enttäuschung des Mao-Flügels gingen diese Blütenträume jetzt jedoch in einem Winter des Unbehagens unter.

Die Lawine, die durch die Kritikbewegung losgetreten worden war, brach mit Vehemenz zuerst über einzelne Parteiausschüsse und dann über das KP-System als solches herein. Bauern klagten über ihre Ablieferungspflichten, Arbeiter über mangelnde Mitbestimmung in den Betrieben und über leistungsfeindlichen Lohnegalitarismus, Intellektuelle über die Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit, Studenten über unfaire Zulassungspraktiken an den Hochschulen u.dgl. mehr, wobei mit dem Finger stets auf bestimmte Parteiausschüsse gedeutet wurde. Dies alles war noch ganz im Sinne der ZK-Direktive; doch langsam kamen dann Forderungen hoch, die auf eine regelrechte Systemkritik hinausliefen. So wurde beispielsweise die Errichtung zweier Kammern und die Zulassung echter Oppositionsparteien gefordert: Wo sei denn eigentlich die noch 1949 von Mao versprochene "Koalitionsregierung" der vier Klassen geblieben? Während sie seit Jahren lediglich auf dem Papier stehe, herrsche in Wirklichkeit ausschließlich die Kommunistische Partei, die sich - wie ein "Geheimpolizist" - in alles und jedes einmische und eine Entfremdung zwischen KP und Massen ohnegleichen habe einreißen lassen! Wörtlich heißt es in einem Beitrag, daß "wir keine Verräter an unserem Lande wären, räumten wir schleunigst mit der Führung durch die KP auf".⁶⁴ Gewerkschaftsvertreter und Betriebsleitungen forderten, daß sich die KP nicht in ihre Angelegenheiten hineindrängeln solle; zwar führten die meisten KP-Funktionäre dauernd das Wort "Massenlinie" im Mund, in Wirklichkeit aber folgten sie der Staatslinie; gefordert

wurde eine "syndikalistische" Korrektur in Form des Aufbaus von KP-unabhängigen Arbeiterinteressenvertretungen. Häufig wurde auch das hohepriesterliche Gehabe der KP-Kader angeprangert, die zumeist hoch über den Wolken schwebten, ihre Macht mißbrauchten und ganz schamlos einen Lebensstandard genossen, wie ihn Bauern und Arbeiter nur erträumen könnten; erhielten z.B. Funktionäre nicht Gehälter bis zum Zwölfwachen eines Arbeiterlohns? Auch einige der gegen Stalin und seine Alleinherrschaft gerichteten Chruschtschow-Zitate machten die Runde, wobei die Parallelen zu Mao Zedong auf der Hand lagen.⁶⁵

Die Parteiführung war sprachlos. So hatte man sich den Verlauf der Hundert-Blumen-Kampagne ganz gewiß nicht vorgestellt! Die Frage ging nun nicht mehr darum, ob die Forderungen akzeptiert, sondern wie sie in aller Eile abgeblockt werden konnten.

2.2.2.3.

Die Rechtsabweichlerkampagne: Der Kampf gegen die "kleinen Ungarn"

Die für alle Kritiker schockierende Wende ließ nicht lange auf sich warten. Bereits am 8. Juni 1957 veröffentlichte die *Volkszeitung* (66) veröffentlichte eine ZK-Weisung und einen Leitartikel, der unter dem Titel "Wozu das alles?" zum Kampf gegen die "Rechten" aufrief und damit eine neue monatelange Kampagne auslöste, von deren Strudeln praktisch die gesamte Intelligenz erfaßt wurde. Die neue Lesart ging nun dahin, daß Intellektuelle, die unter dem Vorwand konstruktiver Kritik Parteiverfehlungen und Funktionsprivilegien angegriffen hatten, in Wirklichkeit gegen die Partei als solche opponierten, daß sie Wölfe im Schafspelz seien, daß ihre Forderung nach mehr Demokratie in Wirklichkeit auf die Abschaffung des Sozialismus überhaupt abziele und daß ihre Invektiven gegen feudale Relikte in der Partei in Wahrheit darauf gerichtet seien, Mao Zedong als Patriarchen zu schmähen. Aus "Widersprüchen im Volk" seien damit im Handumdrehen "Widersprüche zwischen uns und unseren Feinden" geworden, denen kein Pardon gegeben werden dürfe.

Vor allem unter den Studenten und Professoren richtete dieser plötzliche Kurswechsel Verwirrung und Ratlosigkeit, ja Verzweiflung aus,

zumal nun jede Abteilung angewiesen wurde, einige Leute zu benennen, die als "bourgeoise Rechtsabweichler" verurteilt werden konnten.⁶⁷ Der Parteiausschuß der Beijing-Hochschule verlangte beispielsweise, daß unter den Lehrkräften mehr als 5% Rechtsabweichler "entlarvt" werden müßten. Einen solchen Mindestanteil sei sich die führende Hochschule des Landes doch wohl schuldig!⁶⁸ Man kann sich vorstellen, in welche Lage eine Danwei kam, die sich plötzlich aufgefordert sah, einige ihrer Mitglieder ans Messer zu liefern.

Die in den folgenden Tagen beginnenden "Kampfversammlungen" fanden nach dem alten Yan'an-Schema statt: Der Angeklagte hatte sich zu erheben, demütig den Kopf zu senken und sich von jedermann als Verräter beschimpfen zu lassen. Für "Rechtsabweichlertum" gab es sechs, nach der Bedenklichkeit des jeweiligen Verhaltens abgestufte Strafen, nämlich (1) Haft auf unbestimmte Zeit, (2) Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis und Entsendung zu körperlicher Arbeit bei einem Monatsgehalt von nur 16 Yuan, (3) vorübergehende Suspendierung vom Arbeitsverhältnis und Entsendung zu körperlicher Arbeit bei ebenfalls gekürztem Monatsgehalt, (4) Kürzung des Gehalts und Zurückstufung um einen oder zwei Ränge, (5) körperliche Arbeit auf dem Gelände der eigenen Danwei und (6) bloße Brandmarkung als Rechtsabweichler ohne zusätzliche Bestrafung.⁶⁹ Die als "Feinde des Volkes" verurteilten Kollegen waren von jetzt an wie Ausgestoßene zu behandeln, d.h., es war ratsam, sie zu "schneiden" und auch Kontakte mit ihren Angehörigen strikt zu vermeiden. Auch auf den Dörfern ging man mit den dorthin "hinuntergeschickten" (xiafang) Delinquenten selten zügellos um. Lautes Anschreien, herablassende Behandlung und Zuweisung besonders demütigender oder kräftezehrender Arbeit gehörten von jetzt an zum täglichen Martyrium. Häufig wurde den "Rechtsabweichlern" ein Gleichnis aus den Schriften Maos vorgehalten, das von einem Bauern handelte, der eine steifgefrorene Schlange gefunden und sie an seiner Brust erwärmt hatte, um am Ende als Dank dafür gebissen zu werden; gebe es etwas Gefährlicheres als Mitgefühl mit einem Klassenfeind?⁷⁰

Noch Anfang 1956 hatte unter den "Intellektuellen" gewaltiger Optimismus geherrscht, als ihnen gesellschaftliche Nützlichkeit bescheinigt und mit ihrer Hilfe ein langfristiges Wissenschaftsprogramm aufgestellt worden war. Die Wende vom 8. Juni 1957 aber veränderte alles: Neue Gräben wurden aufgerissen, Wandzeitungen gegen bestimmte, nun namentlich aufgeführte "Rechtsabweichler" tauchten auf, und Studenten begannen Scherbengerichte gegen ihre "eingekreisten" Lehrer zu veranstalten. Die 1931 geborene und aus Begeisterung schon früh der KPCh beigetretene Literaturdozentin der Universität Beijing, Yue Daiyun, die lange Zeit als vorbildliches Parteimitglied gegolten hatte, kam z.B. bei der Kampagne von 1957/58 aus ihr unerfindlichen Gründen unter die Räder, wurde als "Rechtsabweichlerin" eingestuft, im Laufe der nachfolgenden Jahre dreimal aufs Dorf verbannt und hatte schließlich auch noch während der Kulturrevolution alle Demütigungen zu durchlaufen, wie sie einem "Klassenfeind" im maoistischen China nun einmal zu blühen pflegten. Sie mußte erleben, wie einer ihrer Lieblingsstudenten zum Hauptankläger wurde, indem er nicht nur ihre Gedichte als "Vergiftungs"-Versuche anprangerte, sondern Anklagepunkte vortrug, die frei aus der Luft gegriffen waren.

Waren während der Hundert-Blumen-Bewegung Bestimmungen über den vorübergehenden "freiwilligen" Arbeitseinsatz von Funktionären erlassen worden, so ergingen nun, im Zuge der "Kampagne gegen die Rechtsabweichler", am 1. August 1957, Regelungen über die "Erziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyang),⁷¹ die, weil sie sich schon bald als höchst praktikabel erwiesen, später auch auf andere Personkreise ausgeweitet wurden. Auf einem ganz anderen Blatt stehen die "Bestimmungen über Reform durch Arbeit" (laodong gaizao),⁷² die vor allem auf ehemalige "Konterrevolutionäre" zugeschnitten waren.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen beiden Regelungen sind folgende: Bei Laogai wird die Einweisung durch Gerichte, bei Laojiao durch Verwaltungsbehörden veranlaßt. Die Dauer der Einweisung ist bei Laogai unbestimmt, beträgt bei Laojiao aber im allgemeinen drei Jahre. Laogai-Lager sind wesentlich schärfer bewacht; ihre Insassen

erhalten für geleistete Arbeit nur ein Taschengeld, während Laojiao-Gefangene im allgemeinen die für die betreffende Arbeit allgemein übliche Löhnung bekommen. Dies sind freilich theoretische Unterschiede, die in der Praxis meist kaum zum Tragen kommen.⁷³

Die Behörden haben Laojiao vor allem seit Einführung der Strafprozeßordnung vom 1. Juli 1979 besonders schätzen gelernt, da eine Arbeitseinweisung nicht den komplizierten und von juristischen Fußangeln gespickten StPO-Weg über das Volksgericht erfordert, sondern schlicht und einfach auf administrativem Weg verhängt werden kann.

In den späten fünfziger Jahren war Laojiao noch ein ideales Mittel, um "rechte Elemente" zur Raison zu bringen, sei es, daß man sie in Sonderlager schickte oder ihnen ganz schlicht zu verstehen gab, daß ein Damoklesschwert über ihren Häuptern schwebte.

Im Verlauf der "Anti-Rechts-Bewegung" von 1957/58 wurden rd. zwei Millionen Personen in Mitleidenschaft gezogen, unter ihnen 550.000 Personen, die formell als "Rechtsabweichler" eingestuft und in ihren Freiheitsrechten beschränkt wurden. Dazu muß man wissen, daß Rechtsabweichler, ebenso wie "Konterrevolutionäre", "Grundbesitzer", "Reiche Bauern" und andere "schlechte Elemente" (huai fenzi) als solche bei den Sicherheitsbehörden formell zu registrieren waren und ihren jeweiligen "Status" auch dann noch beibehielten, wenn sie ihr Bodeneigentum längst verloren hatten oder aber als umerzogen gelten konnten. Als politische Parias kamen sie von jetzt an bei jeder Kampagne erneut unter die Räder, hatten regelmäßig beim lokalen Amt für Öffentliche Sicherheit Rechenschaft über ihr Verhalten abzulegen und wurden, ob lebendig oder tot, erst nach 1978 wieder entregistriert.⁷⁴ Auch gab es zahlreiche Hinrichtungen.

Keine andere Maßnahme Mao Zedongs - auch nicht die Kulturrevolution - hat den Aufbau und Fortschritt der VR China jahrzehntelang so nachhaltig beeinträchtigt, wie dieser katastrophale Übergriff auf die wissenschaftlichen und künstlerischen Eliten des Landes. Gerade die in den achtziger Jahren erschienene "Narbenliteratur" zeigt, wie überall im Lande Physiker als Rübenbauern, Literaturhistoriker

als Schweinehirten und Juristen als Ziegeleiarbeiter eingesetzt wurden. Volkswirtschaftlich gesehen leistete sich die Volksrepublik hier eine ungeheure Verschwendung an erstklassigem - und ohnehin knappem - Dienstleistungspersonal,⁷⁵ vom persönlichen Trauma der Betroffenen und ihrer Angehörigen gar nicht erst zu reden.

Ging die Doppelkampagne der Hundert Blumen und der Ausrichtung auf das Konto Maos, so war die Rechtsabweichlerkampagne das Werk seiner "leninistischen" Gegner, die dem Hundert-Blumen-Projekt von Anfang an mißtraut hatten und die nun, angesichts der überall hereinbrechenden Kritik, ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt sahen und nach der Notbremse verlangten.

Angesichts einer solchen Frontstellung erledigt sich der Vorwurf, Mao habe mit der Hundert-Blumen-Kampagne lediglich einen Köder auslegen wollen, um seiner Gegner schnell habhaft zu werden. Kampagne und Gegenkampagne wurden eben nicht von einer einzigen in sich geschlossenen Partei, sondern jeweils von zwei einander mißtrauenden Fraktionen ausgelöst!

Hauptdokument der "Leninisten" zur Rechtsabweichlerkampagne ist die Rede Deng Xiaopings vom 23.9.1957.⁷⁶ Deng fordert darin einen "entschlossenen Kampf gegen die bürgerlichen Rechten und andere antisozialistische Elemente in städtischen und ländlichen Gebieten". In jeder Danwei müsse die "Anti-Rechts-Bewegung" vier Phasen durchlaufen, nämlich umfassende Diskussionen, Gegenangriffe auf die einzelnen "Rechten", Dokumentenstudium und Selbstkritik.

Ein "Rechtsabweichler" entlarve sich durch bestimmte Argumente, so z.B. durch die Behauptung, daß Experten nicht von Laien geführt werden können, daß Marxismus Dogmatismus sei oder daß sozialistische Länder den kapitalistischen Ländern nicht das Wasser reichen könnten; ferner forderten sie die Einführung bürgerlicher Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie bürgerlicher Geschichte und idealistischer Philosophie; sie riefen nach "Unabhängigkeit" und "Freiheit" und verlangten "Freiheit der Presse" oder aber "Freiheit der schönen Künste".

Unter den Intellektuellen müsse man drei Kategorien unterscheiden, nämlich die Linken (d.h. parteitreuen), die Mittleren (d.h. bekehrbaren) und die Rechten Intellektuellen, welche letztere die eigentlichen Zielscheiben der laufenden Kampagne seien.

Im weiteren Verlauf seiner Rede machte Deng deutlich, daß nicht nur unter den Intellektuellen, sondern auch unter den Bauern und Arbeitern, nicht zuletzt auch in der Armee rechtsabweichlerische Elemente vertreten seien.

Nicht nur Deng, sondern auch Liu Shaoqi geißelte die "Bürgerlichen Rechten", vor allem in seiner Rede zum 40.Jahrestag der Oktoberrevolution am 6.November 1957,⁷⁷ die wegen ihres programmatischen Inhalts geradezu "Manifest gegen die Bürgerlichen Rechten" heißen könnte. Zwar hätten die "Massen und patriotischen Persönlichkeiten" im Verlauf der Hundert-Blumen-Kampagne viele nützliche Hinweise zur Verbesserung der Parteiorganisation gegeben, doch habe leider eine "Handvoll" von "Bürgerlichen Rechten Elementen" die Gelegenheit dazu mißbraucht, ihrer Partei- und Sozialismusfeindschaft Ausdruck zu verleihen.

Die meisten Opfer wurden zwar schon wenige Jahre später, vor allem in der liuistisch beeinflussten Epoche 1961 bis 1965, rehabilitiert und damit erneut ins "Volk" aufgenommen, doch fanden sie häufig nicht mehr in gleichwertige Berufspositionen zurück, zumal infolge der Rechtsabweichlerkampagne ganze Wissenschaftszweige auf Jahre hinaus zum Verdorren gebracht worden waren - man denke beispielsweise an den Untergang der Rechtswissenschaft, die sich erst nach 1978 von den ihr damals zugefügten Schlägen mühsam wieder erholen konnte.

2.2.2.4.

Die Doppelkampagne als Symptom für innerparteiliche Fraktionsauseinandersetzungen

Bei den Diskussionen um die Hundert-Blumen-Bewegung ging es um brisante innerparteiliche Streitpunkte.

Da war in erster Linie die Intellektuellenfrage, die darauf hinausläuft, ob es genügt, daß der Kopf-arbeiter lediglich dem Volke dient oder daß er darüber hinaus auch noch ein Bestandteil des Volkes, d.h. innerlich ein Arbeiter und

Bauer sein muß. Nach Ansicht der Mao-Fraktion hatte der Intellektuelle seine Zugehörigkeit zum "Volk" sowohl durch seine gesellschaftliche Herkunft als auch durch sein "tägliches Verhalten" (zhong zai biao xian) zu bekennen - auf keinen Fall freilich durch nur äußerliche Konformität (zhong zai biao mian)! Nicht selten erhielten bedauerlicherweise solche Personen Oberwasser, die sich verbal besonders geschickt zu präsentieren und auf der Klaviatur des Opportunismus zu spielen wußten.⁷⁸

Die Liu-Fraktion begnügte sich demgegenüber eher mit dem objektiv nützlichen Dienst für die Gemeinschaft - sowie mit dem, als selbstverständlich vorausgesetzten, Gehorsam gegenüber dem Führungsanspruch der Partei. Arbeiter und Intellektuelle sind nach dieser Auffassung beide Werktätige, deren Dienst am Volk sich nur dadurch unterscheidet, daß die einen mehr mit den Händen, die anderen mehr mit dem Kopf arbeiten. Wer so denkt, hält das "Hinunterschicken" der Intellektuellen zu körperlicher Arbeit für formalistisch und unnütz, ja für verschwenderisch und letztlich töricht.

Die zweite Streitfrage betraf die Modalitäten der Parteiausrichtung. Die Liu-Fraktion hatte zwar nichts gegen eine Ausrichtungsbewegung einzuwenden, forderte aber "Selbstkultivierung" der Parteigenossen hinter verschlossenen Türen, während die Anhänger Maos für eine Kritik der KP von außerhalb der Partei, also eine "Ausrichtung bei weit geöffneten Toren" wünschte. Einige Genossen wollten, führt Mao spöttisch aus, bei der gegenseitigen Kritik allenfalls eine "kleine, kleine Demokratie" (xiaoxiao minzhu) in Kauf nehmen. Was aber nützt, sei nicht eine "kleine, kleine", sondern vielmehr eine "Große Demokratie". Müsse ein echter Marxist etwa die Wahrheit scheuen? Wahrheit lasse sich nur durch Aufdecken von Irrtümern herstellen, und nirgends in der Welt gebe es duftende Blumen ohne benachbartes Giftkraut.⁷⁹ Die eigentliche Alternative laute also "blühen lassen" oder "drosseln".

In der gleichen Rede wies Mao - in eklatantem Widerspruch zur Hauptthese des VIII.Parteitags - ferner darauf hin, daß der Klassenkampf an der politischen und ideologischen Front nach wie vor andauere und "sehr heftig" sei.⁸⁰

Kein Wunder, daß die Parteimehrheit um Liu Shaoqi ihm solche Aussagen nicht gerne durchgehen lassen wollte und sich querlegte, wann immer es darum ging, solche Botschaften in den offiziellen Medien zu verbreiten.

Gegen Bremsversuche und Interventionen der Liu-Gruppe wußte Mao sich allerdings auf seine Weise zu wehren:

Im "Kampfjahr" 1957 ließ er z.B. gleich dreimal die Oberste Staatskonferenz zusammentreten, wobei es stets um die Hundert-Blumen- und um die Rechtsabweichlerfrage ging. Hierbei handelte es sich um ein Gremium, auf dessen Einberufung, Zusammensetzung und Themenstellung Mao in seiner Eigenschaft als Staatspräsident entscheidenden Einfluß hatte. In den anderen Gremien von Partei und Staat, in denen die Leninisten das Wort führten, hatte er sich seit dem VIII. Parteitag zu viele Einschränkungen gefallen lassen müssen. Selbst die Parteipresse stand ihm nun nur noch höchst eingeschränkt zur Verfügung, da Spitzenfunktionäre wie Liu Shaoqi und Deng Xiaoping beharrlich auf Einhaltung der einmal mehrheitlich gefaßten Parteibeschlüsse zu pochen pfligten - und höchst "leninistisch" handelten, wenn sie sich beschlußwidrigen Meinungsäußerungen in den Weg stellten.

Nicht selten mußte sich der Vorsitzende deshalb unkonventioneller Kommunikationsmittel bedienen, die bisweilen schon fast Samisdat-Charakter hatten. So wurde beispielsweise seine "Widerspruchsrede" vom Februar 1957 zunächst nur über Tonbandaufnahmen und mündliche Weitergabe verbreitet⁸¹ und erst mit zweimonatiger Verspätung, nämlich am 13. April 1957, in Auszügen offiziell abgedruckt.⁸² Um sich weitere kommunikative Seitenpfade zu sichern, kündigte er am 1. März 1957 zusätzlich die Herausgabe eines Bulletins mit dem Titel "Informationsnachrichten" (Zankao xiaoxi) an, das in 300.000 Exemplaren erscheinen und Personen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zugänglich sein sollte.⁸³

Rückblickend erscheint die Hundert-Blumen-Bewegung als Maos erster Frontalangriff auf die chinesischen Leninisten, die darauf pochten, daß Mehrheitsbeschlüsse - wie z.B. die Entscheidung über die

Generallinie - nur durch ein erneutes Mehrheitsvotum der Partei abgeändert werden könnten, und daß überdies keine außerhalb der KP stehenden Kräfte zum Richter über die Partei eingesetzt werden dürften.

Zwar wurde das Mehrheitsprinzip 1957 noch nicht direkt verletzt, weil auch der Liu-Flügel dem Drängen auf eine Hundert-Blumen-Kampagne schließlich nachgegeben hatte, wohl aber wurden parteilose Intellektuelle in die Lage versetzt, offene Kritik an der KPCh und ihren Mitgliedern zu üben. Einige Jahre später waren es dann parteilose Rotgardisten, die nach Belieben mit Parteimitgliedern umsprangen.

2.2.3.

"Auskaufen" der Nationalen Bourgeoisie

Während ihre Intellektuellenpolitik zu einem Fiasko geriet, fand die KPCh für die "Bereinigung" der Nationalen Bourgeoisie geradezu elegante - wenn auch höchst zynische - Lösungsmethoden. Nach dem gerade erst 1945 von Mao verkündeten Revolutionsfahrplan sollte diese Klasse als Bestandteil der "Neuen Demokratie"⁸⁴ eigentlich "auf Jahrzehnte hinaus" erhalten bleiben; am Ende freilich überlebte sie die "Befreiung" um lediglich sechs Jahre!

Statt einer Verstaatlichung nach sowjetischem Schema erfand die KPCh eine eigenwüchsige Doppelmethode der Liquidierung von Privatbetrieben:

Da war erstens jene "Kampagne gegen die fünf Übel" (wufan yundong), die seit Januar 1952 gegen all jene "Kapitalisten" gestartet wurde, die angeblich Bestechung, Steuerhinterziehung, Veruntreuung von Staatseigentum, Betrügereien bei der Abwicklung staatlicher Aufträge sowie das Vergehen des Mißbrauchs staatlicher Wirtschaftsinformationen begangen hatten.⁸⁵

Zweitens wählte man den Weg der "Ausnutzung, Einschränkung und Umwandlung" (liyong, xianzhi, g aizao), um auf diese Weise die Mitarbeit der früheren Privatunternehmer in den neuen Staats- und Kollektivbetrieben sicherzustellen.⁸⁶

Hauptmittel der "Ausnutzung" war die Vergabe staatlicher Aufträge an private Produktionsbetriebe, wobei enggefaßte Vertragsmodalitäten

und dosierte Rohstoffzuteilungen sich als treffliche Methoden erwiesen, um die Fesseln immer enger anzuziehen. Darüber hinaus wurden private Handelsfirmen für den Einzel- und Zwischenhandel "benutzt" - mit der Folge, daß Privatunternehmen wachsende Umsätze erzielten und 1953 - also kurz vor dem Coup de grace - einen Gewinnhöhepunkt erreichten.

Die "Einschränkung" begann mit einer Reihe von Bestimmungen gegen Spekulation, Hortung und übermäßigen Wettbewerb sowie mit zahlreichen Regelungen über den Arbeitsschutz, über Löhne, Preise, Steuern, Kreditgewährung und Lagerhaltung, wobei die Daumenschrauben für das private Unternehmertum immer stärker angezogen wurden.

Fast unmerklich führte die "Einschränkungs"- schließlich in eine "Umwandlungspolitik" hinüber, die sich in zwei Phasen vollzog, indem nämlich zunächst staatlich-private Gemeinschaftsunternehmen gegründet und anschließend ganze Branchen einer jeweils einheitlichen "gemischtwirtschaftlichen" Leitung unterstellt wurden. Die Joint-Venture-Gründung erfolgte durch Zusammenlegung des Privatvermögens mit den Staatsinvestitionen, wobei die staatliche Seite sich ihren Anteil nicht selten in Form von Strafgebühren, Steuernachforderungen und "Rückerstattung entwendeter Werte" vom "Geschäftspartner" gewähren ließ. In dem frischgebackenen "Gemeinschaftsunternehmen" übernahmen staatliche Kader die Betriebsleitung, während der frühere Inhaber den Status eines Betriebsangestellten erhielt und sich aufgefordert sah, seine Fähigkeiten dem Unternehmen weiterhin zur Verfügung zu stellen. Der Gewinn wurde auf vier Empfänger verteilt - auf den Staat (Steuern), auf den Betrieb (Investitionsfonds), auf die Arbeiter (Wohlfahrtsfonds) und auf den ehemaligen Eigentümer,⁸⁷ der diesen Gewinnanteil zusätzlich zur oben erwähnten Entschädigungsrente erhielt.

Die Umwandlung von Einzelbetrieben in staatlich-private Joint Ventures begann im wesentlichen 1954 und war bereits Mitte 1955 - zeitgleich mit dem Aufschwung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung - in ein zweites Entwicklungsstadium eingetreten, in dessen Verlauf ganze Industrie- und Handelsbranchen unter staatli-

che Leitung kamen. Bereits im Herbst 1956 war das Privatunternehmertum bis auf wenige Ausnahmen verschwunden.

Die Umwandlung von halb- in vollstaatliche Betriebe äußerte sich vor allem darin, daß die früheren Inhaber auf ihre bisherigen Geschäftsanteile für die Dauer von sieben Jahren Zinsen zugesprochen erhielten, die auf durchschnittlich 5% jährlich festgesetzt wurden. Der frühere Inhaber erhielt jetzt also zwei Einkünfte, nämlich sein Angestelltegehalt und daneben seine "Rente".⁸⁸ Für den Spottbetrag von etwa 1,7 Mrd. Yuan wurde eine ganze gesellschaftliche Klasse von zusammen rd. acht Millionen Personen samt Sachwerten "ausgekauft" (shumai).

Dieses "Auskaufen" der Nationalen Bourgeoisie wurde mit einer damals weitverbreiteten Anekdote gewürzt: Mao Zedong, Liu Shaoqi und Zhou Enlai beraten, wie man eine Katze dazu bringen könne, Pfeffer zu fressen. Liu rät, ihr den Pfeffer ins Maul zu stopfen und mit Stäbchen nachzuschieben, doch Mao schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, da man doch das Volk nicht zwingen dürfe. Zhou Enlai schlägt daraufhin vor, die Katze zwei Wochen lang hungern zu lassen und ihre dabei entstehende Freßgier mit einem Stück Fleisch zu befriedigen, in das der Pfeffer eingewickelt sei. Doch auch diesmal schüttelt Mao den Kopf und meint, man dürfe das Volk weder betrügen noch täuschen. Dabei sei doch alles so einfach: Man reibe der Katze einfach den Pfeffer in den Hintern. Beginne es dort zu brennen, werde sie sich glücklich schätzen, ihn ablecken zu dürfen.⁸⁹

Dies alles mag für den Außenstehenden sehr lustig klingen, für die unmittelbar - aber auch die nur mittelbar - Betroffenen gab es wenig zu lachen:

Den unmittelbar betroffenen Privatunternehmern, die durch die frühere Fünf-Anti-Kampagne eingeschüchtert und durch laufende Ermahnungen weichgekocht worden waren, blieb selten etwas anderes übrig, als den "Ausverkauf" ihrer Betriebe ruhig - in manchen Fällen sogar "jubilend" - hinzunehmen. Nicht wenige feierten die Nationalisierung ihres Betriebseigentums mit Löwen- und Drachentänzen, Feuerwerk und Freudenumzügen.⁹⁰ Auch für die nur mittelbar Betroffenen, nämlich die

Verbraucher, eröffneten sich wenig erfreuliche Perspektiven: Während nämlich der Privathandel ging, hielt die Zuteilungsbürokratie ihren Einzug, und mit ihr die Lebensmittelkarte, die Rationierung, das Subventionswesen - und die Ineffizienz. Bereits 1953/54 waren zahlreiche Bestimmungen erlassen worden, deren Ziel es war, die bisherigen Markt- durch staatliche Steuerungsmechanismen zu ersetzen. Vor allem kam es zur Errichtung eines "einheitlichen Aufkauf- und Verkaufssystems" für Getreide, Ölfrüchte und Baumwolle, das sich wie ein Ölteppich nach und nach über sämtliche Warengruppen ausbreitete. Bereits 1956 war der private Großhandel auf diese Weise völlig, der private Kleinhandel bis auf wenige Reste ausgeschaltet und die Privatinitiative durch einen monströsen Administrativapparat ersetzt worden.

Private Kleinhändler, die wegen ihres unbedeutenden Besitzstands nicht als "Nationale Kapitalisten" galten, sondern als "Arbeiter", wurden in Genossenschaften zusammengefaßt. Ein buntes Dienstleistungsgewerbe, das ehemals für kleine Annehmlichkeiten im täglichen Leben gesorgt hatte, war damit dem Siechtum preisgegeben. Von den 14.000 Gaststätten beispielsweise, die es 1953 in Beijing noch gegeben hatte, blieben am Ende nur noch kümmerliche 600 Betriebe übrig. Es dauerte fast dreißig Jahre, ehe der kleine Privatbetrieb durch Staatsratsverordnung vom 7. Juli 1981 wiederhergestellt wurde.⁹¹

Auch dem Handwerk blieb die Umgestaltung nicht erspart: Ende 1955 klagte Mao, daß bisher lediglich zwei Millionen Handwerker genossenschaftlich organisiert seien.⁹² So könne es nicht weitergehen: Die Umgestaltung müsse bis spätestens Ende 1956 abgeschlossen sein. Es empfehle sich, jeweils rund einhundert Handwerker, z.B. Schmiede und Zimmerer, zu einer Genossenschaft zusammenzufassen und sie zu veranlassen, in den Dörfern die Runde zu machen, um dort Geräte zu reparieren und andere Arbeiten zu erledigen, die im Rahmen der Mechanisierung anfielen.

Erst die Reformer sprachen nach 1978 offen aus, was damals die meisten Städter insgeheim dachten, daß nämlich jener weite Fächer von kleinen Dienstleistungen, für den gerade die Chinesen ein beson-

deres Geschick zu entwickeln pflegen, damals auf dem Altar des Dogmas geopfert wurde. Warum also das Privatunternehmertum nicht wenigstens jetzt wieder als "notwendige Ergänzung des sozialistischen Sektors" anerkennen!?

2.2.4.

Der Gao/Rao-Fall - ein weiteres Konfliktsignal

Die schnelle Liquidierung der drei Klassen des Mittelbauerntums, der Kleinbourgeoisie/Intelligenz und des Nationalen Bürgertums ging, wie oben ausgeführt, nicht ohne heftige innerfraktionelle Reibungen vor sich, die allerdings soweit wie möglich vor der Öffentlichkeit geheimgehalten wurden. Hauptkonfliktparteien waren hierbei der Mao-Flügel und die Leninisten um Liu Shaoqi.

Neben der Hauptfront, die mitten durch das ZK verlief, gab es aber auch noch Nischenkonflikte, von denen einer 1953 besondere Aufmerksamkeit erregte, nämlich die Auseinandersetzung mit Gao Gang und Rao Shushi. Beide waren seit dem Ende der vierziger Jahre Spitzenfunktionäre in zwei Schlüsselgebieten Chinas, nämlich in der Nordost- und in der Ostchina-Region, gewesen. Gao hatte überdies dem Politbüro angehört.

Im Dezember 1953 wurden beide plötzlich aus ihren "kleinen Königreichen" abberufen und auf zentrale Posten in Beijing versetzt - eine Degradierung, wie sich nachträglich herausstellte; denn 15 Monate später (21.-31.3.1955) trat ein Außerordentlicher Parteikongreß zusammen und erhob - aus dem Munde Deng Xiaopings - Anklage wegen parteifeindlicher "verschwörerischer Aktivitäten" (yinmou huodong).⁹³ Die Beschuldigten wurden ins Gefängnis geworfen und sind dort vermutlich ums Leben gekommen. Außerdem wurden noch 43 weitere ZK-Mitglieder gemäßregelt.

Der Gao-Rao-Fall war damit zur ersten schweren Führungskrise innerhalb der KPCh seit 1949 geworden. Obwohl während der Kulturrevolution einige Enthüllungen ans Tageslicht kamen, sind die genauen Hintergründe der Affäre bis heute vom Schleier des Geheimnisses umhüllt - so sorgfältig verstanden es die Parteigremien damals, innere Konflikte vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Deutlich wurde lediglich, daß es sich hier um eine

Krise der Führungsspitze handelte, die die Entscheidungsträger unter sich ausmachten, ohne daß sich Erschütterungen nach unten in den Kaderapparat hinein fortgepflanzt hätten.

Angesichts der Zwielfichtigkeit der Affäre haben sich gleich vier Interpretations/Spekulations-Muster herausgebildet:

- Nach sowjetischer Auffassung handelte es sich hier um einen ersten antisowjetischen Vorstoß der "Maoisten", der, in typisch chinesischer Weise, wieder einmal an Personen aufgehängt worden sei, die für ihre Pro-Moskau-Einstellung bekannt waren, wie Gao, Rao oder aber am chinesischen Botschafter in Moskau, Zhang Wentian.⁹⁴ Einer solchen Interpretation steht freilich entgegen, daß der Sturz Gaos und Raos nicht nur von den "Maoisten", sondern auch von der Liu-Fraktion betrieben wurde, der ganz gewiß keine antisowjetische Einstellung nachgesagt werden konnte.

- In ähnliche Richtung zielt eine zweite Interpretation, derzufolge sich das ZK nicht nur gegen das Sowjetmodell, sondern vor allem gegen eine sowjetische Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten habe wenden wollen.⁹⁵ Hierzu ergeben sich spontan zwei Gegenfragen: Wäre der Einmischungsfall nicht durch die Abberufung Gao Gangs nach Beijing bereits erledigt gewesen? Und warum wurde darüber hinaus auch Rao gemäßregelt, obwohl er doch in seiner Ostchinesischen Region weitweg von der UdSSR war?

- Eine dritte Auslegung deutet die Affäre als Kampf der Zentrale gegen regionalistische/separatistische Tendenzen.⁹⁶ Auch hier wieder die Frage, ob der Konflikt in diesem Fall nicht bereits mit der Versetzung der beiden "Regionalisten" nach Beijing erledigt gewesen wäre!

- Das Rätsel scheint sich zu lösen, wenn man die während der Kulturrevolution bekanntgewordene Information miteinbezieht, daß Mao um das Jahr 1953 herum ernsthaft erkrankt war, und daß zu diesem Zeitpunkt bereits ein Kampf um seine Nachfolge begonnen habe, an dem sich Gao und Rao besonders engagiert beteiligten. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, daß sich die "Gao/Rao-Allianz" vor allem auf die beiden

möglichen Kronprinzen, nämlich auf Liu Shaoqi und Zhou Enlai, einschloß. Wiederum in typischer Weise wurden bei diesen Attacken keine Namen genannt, sondern lediglich "gewisse Personen" ins Visier genommen, die während der Kampfzeit in sog. "weißen Gebieten" (baiqu) eingesetzt waren, d.h. in Bereichen, die von der Guomindang oder von den Japanern beherrscht waren. Hierbei wurde die "Partei der weißen Gebiete" gegen die "Partei der revolutionären Massen oder der Armee" (genjude he junduide dang) ausgespielt und versucht, die "Weißen" ins Zwielflicht zu stellen.⁹⁷

Da von diesem "Schattenschießen" sowohl die Maoisten als auch die Leninisten betroffen waren, schlugen sie beide gemeinsam zurück, so daß der "Fall Gao/Rao" verhältnismäßig schnell erledigt werden und in der Versenkung verschwinden konnte.

3.

Der VIII. Parteitag: Ein stilles Mahnmahl in unruhiger Zeit

Einsam zwischen den Zeiten steht der VIII. Parteitag (15.-27.9.1956), dessen Ergebnisse so gar nicht in die damalige politische Landschaft hineinpaßten, die aber gerade deshalb von den Liuisten wie mosaische Gesetzestafeln hochgehalten und 22 Jahre später zum verbindlichen Inhalt einer neuen, reformerischen, Epoche erklärt wurden.

Kernsatz des damaligen Parteibeschlusses war die Feststellung, daß der inländische Hauptwiderspruch nicht mehr zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, sondern zwischen den gestiegenen Bedürfnissen des Volkes und den grassierenden Entwicklungsdefiziten bestehe. An die Stelle des bisherigen Klassenkampfes habe deshalb in Zukunft die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu treten.

Als Begründung dafür wurde angegeben, daß bis 1956 die "Drei großen Änderungen" (Landwirtschaft, Industrie, Handel) im wesentlichen herbeigeführt worden seien, indem man 96,3% der Bauernhaushalte und über 90% der Handwerker in Genossenschaften eingebracht und außerdem 99% der bisherigen Privatindustrie sowie 85% des Privathandels verstaatlicht habe. Die nichtproletarischen Klassen schießen m.a.W. bis auf wenige Reste liquidiert worden zu sein. Wozu brauchte man da noch Klassenkampf?

Zweitens wurde die Generallinie von 1952 ("schrittweises" Vorgehen) erneut bestätigt und sogar expressis verbis ins neue Parteistatut aufgenommen, während andererseits die "Mao-Zedong-Ideen"-Klausel, die im Statut von 1945 noch an hervorragender Stelle gestanden hatte, diesmal gestrichen wurde. Viertes erging in Form des Zweiten Fünfjahresplans (1958/62) ein Wirtschaftsprogramm, das in seiner äußeren Erscheinungsform einer Totalabsage an das Sprung- und Tempokonzert der Maoisten gleichkam. Fünftens wurde in die Parteisatzung das Amt eines "Ehrenvorsitzenden der Partei" eingebaut - unverkennbar ein Wink mit dem Zaunpfahl an den Vorsitzenden, sich möglichst bald aufs Altenteil zurückzuziehen. Gleichzeitig wurde das ZK-Sekretariat - und damit die Stellung Deng Xiaopings als Generalsekretär - erheblich aufgewertet, wie überhaupt die Leninisten um Deng, Zhou Enlai und Liu Shaoqi zu den Hauptgestaltern des Kongresses wurden.

In den Parteitagsreden wurde ferner immer wieder Kritik an der bisherigen Praxis laut, daß die KP es bisher mit Rechtsvorschriften und Statuten nicht allzu genau genommen habe. Vor allem seien die Fristen für die Einberufung der Parteitage sowie der ZK-Plenartagungen kaum je beachtet worden; so hatten beispielsweise zwischen dem VII. Parteitag (1945) und dem VIII. Parteitag (1956) insgesamt nur sechs ZK-Plena stattgefunden, statt der statutengemäß vorgesehenen zwölf - mit der Folge, daß die innerparteiliche Demokratie zurückgegangen und gleichzeitig der "Zentralismus" ins Kraut geschossen sei. Schließlich wurde auch der Mangel an gesetzlichen Vorschriften beklagt, der Willkürakten aller Art Tür und Tor öffne; vor allem sei es an der Zeit, endlich einmal Basisgesetze wie ein Strafgesetz sowie die wichtigsten Prozeßordnungen zu erlassen.

Der Vorsitzende selbst trat bei dem Parteitag ungewöhnlich reserviert auf. Schon 14 Tage vor Beginn des Kongresses hatte er eine Vorbereitungsrede gehalten, in der er ahnungsvoll zur "Einheit der Partei" aufrief und vor "Subjektivismus" und "Sektierertum" warnte.⁹⁸

Offensichtlich hatten die Fraktionen einen Kompromiß getroffen, der sich etwa auf folgende Kurzformel bringen läßt: Du bekommst Deine Generallinie und Deinen

Aufbaukurs und Du Deine Hundert Blumen und Deine Ausrichtungsbewegung. Außerdem wollen wir kein Parteiprogramm erlassen, auf das wir uns ohnehin nicht einigen könnten.

Wenn es auch um die Einheit der Partei nicht gut bestellt war, ihr neuer Mitgliederstamm zur Zeit des Kongresses konnte sich - mit nicht weniger als 10,73 Millionen Personen - sehen lassen. Allerdings gehörten dazu immer noch 69% Bauern, während die Arbeiter (14%), das "Kleinbürgertum" (12%) und die anderen Schichten (5%) eher als Randgruppen in Erscheinung traten.

4. Die Außenpolitik im Zeichen der Koexistenz und der Friedenssehnsucht

Außenpolitisch nimmt sich der Zeitraum 1953/57 geradezu wie eine Idylle aus, vergleicht man ihn mit den stürmischen Phasen 1949/52 und 1958 ff. Der Wunsch, mit der internationalen Umwelt ins Reine zu kommen, äußerte sich in Friedensschlüssen, Friedensangeboten und Koexistenzbekundungen.

- Am 28. Juli 1953 unterzeichnet General Peng Dehuai zusammen mit Kim Ilsung und US-General Mark Wayne Clarke das Waffenstillstandsabkommen für Korea. Bis Oktober 1958 wurden sämtliche chinesischen Verbände aus Korea abgezogen. Am 11. Juli 1961 schlossen China und Nordkorea einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

- Die Koreafrage war auch Teilgegenstand der Genfer Indochinakonferenz, die vom 24.4. bis 24.6. und vom 12. bis 23.7.1954 dauerte und an der Außenminister Zhou Enlai an der Spitze einer chinesischen Regierungsdelegation teilnahm. Um den Frieden an der Südflanke Chinas zu sichern, drängte Zhou hierbei die nordvietnamesische Verhandlungsdelegation zu Kompromissen (Teilung Vietnams, aufgeschobene Wahlen, Rückzug des Vietminh aus Kambodscha und Laos), deretwegen Hanoi die Chinesen später des "Verrats" beschuldigte.⁹⁹

- China "entdeckte" nun auch die Dritte Welt - ohne daß dieser Terminus damals schon verwendet wurde. Zwei Hauptereignisse kennzeichnen diese Entwicklung, nämlich die demonstrativ bekundete

Freundschaft mit Indien sowie die Unterzeichnung eines "Handels- und Verkehrsabkommens zwischen der chinesischen Region Tibet und Indien", in dem zum erstenmal die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Achtung der Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung, Gleichberechtigung und friedliches Zusammenleben) proklamiert wurden. Im Juni 1954 besuchte Zhou Enlai Indien und beschwor zusammen mit Nehru die "brüderliche Zusammenarbeit" zwischen den beiden größten asiatischen Nationen; niemand hätte sich damals träumen lassen, daß schon sieben Jahre später zwischen beiden die Waffen sprechen würden.

Das zweite große Ereignis war die Afro-Asiatische Konferenz von Bandung (18.-24. April 1955), an der ebenfalls Zhou Enlai teilnahm und bei der die bisherigen fünf auf nunmehr zehn Koexistenzprinzipien erweitert wurden. China begann damals Überlegungen anzustellen, ob es seine bisher so einseitigen Bindungen an die Sowjetunion nicht durch eine Gegenverankerung bei den NEFOS (Newly Established Forces - ein Ausdruck Sukarnos) ausgleichen sollte. Damals auch entstanden erste Ansätze für jene Achse Beijing-Jakarta, in deren Zeichen Indonesien immer "linker" wurde, bis der "Umsturz vom September" (1965) dieser Entwicklung ein jähes Ende bereitete - und übrigens einen der schwersten außenpolitischen Rückschläge für China mit sich brachte.

- Und das Verhältnis zu den beiden Supermächten? "Nie wieder ein zweites Korea" - dies etwa mag die Hauptüberlegung gewesen sein, die Beijing damals dazu veranlaßte, in aller Heimlichkeit Gespräche mit den USA zu beginnen, die am 1. August 1955 auf Botschafterebene einsetzten - zuerst in Warschau und später in Genf. Während nach außen die beiderseitigen Polemiken weitergingen, herrschte im Binnenverhältnis lebhafter Gesprächskontakt, der u.a. nicht weniger als dreimal die Eskalation der Spannungen um Taiwan und damit die Gefahr kriegerischer Konflikte verhinderte. Alles in allem waren die USA schon während der sechziger Jahre den anderen westlichen Staaten nicht nur in der Qualität ihrer Kontakte, sondern auch in der Substanz der erzielten Kompromisse voraus. Selbst bei regulären diplomatischen Beziehungen

hätte sich angesichts der grundsätzlichen Differenzen beider Mächte wohl kaum mehr herausholen lassen als bei den 136 Gesprächsrunden, die zwischen 1955 und 1970 stattfanden, und die schließlich auch den Weg für den Besuch Nixons in Beijing (1972) vorbereiteten.¹⁰⁰

Eine Fieberkurve durchlief das Verhältnis Beijings zur anderen Supermacht, der UdSSR. Nach kurzen Flitterwochen i.J. 1953 standen die beiden bereits Ende 1957 wieder kurz vor der Scheidung. Persönliche Spannungen zwischen den führenden Politikern Mao und Chruschtschow waren dabei nicht die kleinsten Ursachen: Für Mao war Stalin zwei Jahrzehnte lang eine Leitfigur gewesen. Über Stalins Schriften hatte Mao zum größten Teil marxistisches Gedankengut kennengelernt; Stalin war außerdem jener Staatsmann, der aus der rückständigen Sowjetunion eine Weltmacht geschmiedet hatte; nicht zuletzt aber war das Verhalten des "Generalsekretärs" für Mao akzeptabel gewesen: Er zeigte erlesene Umgangsformen und begegnete Mao Zedong in jener distanzierten und leise ironischen Form, wie sie zum Verhaltensbild des chinesischen Vaters gegenüber seinen Söhnen gehört. Chruschtschow andererseits war für Mao Zedong nicht nur ein Barbar im besten Sinne chinesischer Tradition, sondern hatte darüber hinaus auch das revolutionäre Erbe der Sowjetunion verraten, insofern er - aus maoistischer Sicht - spätestens seit der Entstalinisierung beim XX. Parteitag zum Repräsentanten des Revisionismus schlechthin geworden war.

Für die KPCh, die bisher so hautnah dem stalinistischen Kurs gefolgt war, mußten die Thesen Chruschtschows wie eine einzige Provokation erscheinen. Die *Volkszeitung* forderte denn auch eine "gerechte Bewertung Stalins".¹⁰¹ Bezeichnenderweise wurde der innenpolitische Hauptgegner Maos während der Kulturrevolution mit dem "Hut" "Chinesischer Chruschtschow" versehen und damit zum negativen Modell der Revolutionsfeindschaft schlechthin gebrandmarkt.

Im November 1957 besuchte Mao Zedong anlässlich des 40. Jahrestags der Oktoberrevolution zum zweitenmal die Sowjetunion und nahm an einem "Kongreß der Kommunistischen und Arbeiterparteien" teil - eine Art Nachfolgekongress der

ehemaligen Komintern, mit der er ja bekanntlich stets auf gespanntem Fuß gestanden hatte. Dies war sein letzter Besuch in der UdSSR - und damit dem Ausland überhaupt. Maos Versuche, an der brüchig gewordenen Einheit noch einmal Reparaturen vorzunehmen, mißlangen. Schon zwei Jahre später brach der sinosowjetische Konflikt offen aus, als Chruschtschow im Juni 1960 bei der Konferenz in Bukarest die Delegation der KPCh vor versammelter Parteienlandschaft offen angriff und damit eine Woge von empörten chinesischen Reaktionen auslöste. Die Heftigkeit der damals hervorbrechenden gegenseitigen Beschuldigungen ließ erkennen, daß hier Unmut abregiert wurde, der sich schon lange vorher angestaut hatte.

Anmerkungen:

- 1) Mao, A.W., Bd.IV, S.486-488.
- 2) Ebenda, S.386.
- 3) Ebenda, S.387.
- 4) Näheres dazu in zahlreichen Artikeln der Volkszeitung, RMRB, 10., 17., 22., 27. und 30.11.53, jeweils auf S.1.
- 5) Mao, A.W., Bd.V, S.112.
- 6) Einzelheiten Li Fu-ch'un, "First Five-Year-Plan for Development of the National Economy of the People's Republic of China in 1953-1957", adopted on July 30, 1955 by the First National People's Congress of the People's Republic of China at its Second Session, Beijing 1956; ausführliche Kommentierung von Bernhard Grossmann, "Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China", Stuttgart 1960; Willi Kraus, "Economic Development and Social Change in the People's Republic of China", New York, Heidelberg, Berlin 1979, S.49 ff.; Ishikawa Shigeru, "Choice of Technics in Mainland China", in: The Developing Economies, Preliminary Issue no.2, Tokyo, September, Dezember 1962, S.23 ff.
- 7) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "Das Öffentliche Recht (Sicherheitsrecht)", C.a., März 1987, S.206 ff., 236; dt. Text der Organisationsbestimmungen in: C.a., November 1978, S.754.
- 8) Hierzu ausführlich mit Nachweisen Oskar Weggel, "Die Gesetzgebung in der VR China", Verfassung und Recht in Übersee, 1970, S.139-166, 140 f.
- 9) Zum Danwei/Transdanwei-Begriff vgl. Oskar Weggel, "China. Zwischen Marx und Konfuzius", München 1987, 2.Aufl., S.67 ff., 98 ff.
- 10) Mao Zedong, "Xuanji", a.a.O., S.1427.
- 11) Weitere Ausführungen in: Kielmanns-egg, Johann Adolf Graf, und Weggel, Oskar, "Unbesiegbar? China als Militärmacht", Stuttgart, Herford 1985, S.34 ff.
- 12) "Neueste Geschichte Chinas: von 1917 bis zur Gegenwart" von einem Autorenkollektiv, Berlin-Ost 1979, S.159 f., 200 f., 220 f., 226 und 176.
- 13) Ebenda, S.176.
- 14) Ebenda, S.200 f.
- 15) Ebenda, S.200.
- 15a) Mao, Texte, Bd.V, S.8 f.
- 16) Abgedruckt in: Mao, A.W., Bd.V, S.320 ff., 434 ff. und 477 ff.
- 17) Mao, A.W., Bd.V, S.263-270.

- 18) Ebenda, S.268.
- 19) Ebenda, S.276.
- 20) Ebenda, S.274 f.
- 21) Ebenda, S.277 ff.
- 22) Ebenda, S.297.
- 23) Ebenda, S.282 f.
- 24) Ebenda, S.276.
- 25) Ebenda, S.281, 284.
- 26) Ebenda, S.294.
- 27) Ebenda, S.292.
- 28) Ebenda, S.308.
- 29) Ebenda, S.221 f.
- 30) Weitere Einzelheiten zu diesem Fragenbereich in: C.a., März 1974, S.122 ff. mit Nachweisen.
- 31) Mao, A.W., Bd.V, S.203 ff.
- 32) Abgedruckt in: Mao Zedong, Texte, Bd.I, 1949-1955, hrsg. von Helmut Martin, München 1979, S.290-294 (fortan "Mao, Texte").
- 33) Der Beschluß ist abgedruckt in: "Communist China 1955-1959. Policy Documents with Analysis", Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1962, S.106-117, hier S.115.
- 34) Mao, A.W., Bd.V, S.311-315.
- 35) Ebenda, S.277.
- 36) Text in: "Communist China 1955-1959", a.a.O., S.119-126.
- 37) Text in: "Current Background", S.369 und 399; hervorragendes Dokumentenmaterial findet sich auch bei Zhao Kuo-chün, "Agrarian Policies of Mainland China: A Documentary Study, 1949-1956", Cambridge/Mass. 1957.
- 38) "Neueste Geschichte", a.a.O., S.240.
- 39) RMRB, 18.5.57.
- 40) "Neueste Geschichte", a.a.O., S.241.
- 41) Ebenda, S.237.
- 42) In: Mao, Texte, Bd.I, S.275 f.
- 43) RMRB, 7.4.53 und 20.6.56.
- 44) Mao, A.W., Bd.IV, S.386.
- 44a) Mao, Texte, Bd.V, S.5, 88.
- 45) Zhou Enlai, Intellektuellen-Rede, vollständig wiedergegeben in: "Communist China 1955-1959", a.a.O., S.128-143.
- 46) Mao, A.W., Bd.V, S.480.
- 47) Näheres dazu Oskar Weggel, "Wissenschaft in China. Der neue Mythos und die Probleme der Berufsbildung", Berlin 1985, S.74 ff.
- 48) Die zentralen Anschuldigungspunkte sind zusammengefaßt in: RMRB, 13.5., 24.5. und 10.6.55.
- 49) Mao, A.W., Bd.V, S.195 ff.
- 50) Ebenda, S.167 f.
- 51) Ein praktischer Kritikfall an der Beida, der Beijing-Hochschule, findet sich in Chow Ching-wen, "Ten Years of Storm. The True Story of the Communist Regime in China", New York 1960, S.151 f.
- 51a) Mao, Texte, Bd.V, S.3.
- 52) Mao, A.W., Bd.V, S.320 ff.
- 53) Ebenda, S.434 ff.
- 54) Ebenda, S.345.
- 55) Ebenda, S.461.
- 56) Ebenda, S.466.
- 57) Textnachweis in: Anm.45.
- 58) Zum Wissenschaftsplan vgl. RMRB, 12.6.55.
- 59) Text: RMRB, 13.6.56.
- 60) Abgedruckt in: RMRB, 1.5.57.
- 61) NCNA, 14.5.57.
- 62) Rensselaer, W.L., "The Hsia Fang System: Marxism and Modernization" in: C.Q., no.28, 1966, S.40-62, 45 f.
- 63) RMRB, 1.5.57.
- 64) RMRB, 31.5.57.
- 65) Ausführliche Zusammenstellung solcher Vorbringen bei Dietmar Albrecht, "Partei, Bourgeoisie und Intelligenz im Übergang zum Sozialismus. Eine Untersuchung zur Berichtigungsbewegung der Jahre 1956/57 in der VR China", Bd.85 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1977, S.179 ff.
- 66) RMRB, 8.6.57.
- 67) Yue Daiyun, "Als hundert Blumen blühen sollten", Bern und München 1986, S.30.
- 68) Ebenda, S.48.
- 69) Ebenda, S.57.
- 70) Ebenda, S.73.

- 71) Dt. Übersetzung abgedruckt in: C.a., Februar 1980, S.157 f.
- 72) Volltext in: RMRB, 7.4.54, S.2.
- 73) Dazu ausführlich Oskar Weggel, "Schuld und Sühne. Danwei-, Anstalts-, Laojiao-, Laogai- und Gefängnis-erziehung in China", C.a., Oktober 1981, S.660-667, 662 ff.
- 74) Näheres dazu C.a., März 1987, S.228 f.; C.a., November 1986, S.713 ff.
- 75) Ausführlich dazu mit Nachweisen in: Oskar Weggel, "Das Öffentliche Recht (Politrecht)", C.a., November 1986, S.705 ff., vor allem 714 ff.
- 76) Text in: CB, Nr.477.
- 77) Text in: CB, Nr.480.
- 78) Dazu weitere Ausführungen in: Oskar Weggel, "Wissenschaft in China", a.a.O., S.76.
- 79) Mao, A.W., Bd.V, S.489-491.
- 80) Ebenda, S.493.
- 81) Darüber berichtet z.B. René Goldman, ein polnischer Austauschstudent, der 1957 an der Beijing-Universität studiert hatte, in: "The Rectification Campaign at Peking University: May/June 1957", in: CQ, Nr.12, 1962, S.138-153, 141 f.
- 82) RMRB, 13.4.57.
- 83) Übersetzung in: Mao, Texte, Bd.II, 1956/57, a.a.O., S.187.
- 84) Ausführungen dazu in: "Über die Koalitionsregierung" vom 24.4.45, Mao, A.W., Bd.III, S.239-319.
- 85) Zum Begriff des Wufan vgl. HQ 1959, Nr.20, S.8; RMRB, 15.6.52.
- 86) In diesem Sinne z.B. People's China vom 1.1.50, S.10.
- 87) Die Provisorischen Vorschriften für staatlich-private Mischbetriebe sind abgedruckt in: RMRB, 6.9.54.
- 88) Die entsprechenden Vorläufigen Bestimmungen sind abgedruckt in: Xinhua Yuebao 1954, Nr.10, S.233 f.
- 89) Vgl. den Situationsbericht in: RMRB, 16.1.56.
- 90) Karl Eskelund, "The Red Mandarins", London 1959, S.51 f., nach Albrecht, a.a.O., S.52.
- 91) Einzelheiten dazu in: Oskar Weggel, "Das Öffentliche Recht (Wirtschaftsrecht)", C.a., Mai 1987, S.379 ff., 389 f. mit Nachweisen und Einzelheiten.
- 92) Mao, A.W., Bd.V, S.316; zur Diskussion um das Handwerk vgl. auch CB, Nr.676.
- 93) Zusammenstellung und Dokumente in: CB, Nr.891.
- 94) "Neueste Geschichte", a.a.O., S.228 f.
- 95) So z.B. Mineo Nakajima, "The Kao Kang Affair and Sino-Soviet Relations", Review (Japan Institute of International Affairs), March 1977.
- 96) So John W.Lewis, "Chinese Communist Party Leadership and the Succession to Mao Tse-tung: An Appraisal of Tensions", U.S.Department of State Policy Research Study, January 1964, S.9.
- 97) CB, Nr.324; vgl. ferner Teiwes, Frederick C., "Politics and Purges in China. Rectification and the Decline of Party Norms 1950-1965", New York and Folkestone/Kent, England 1979, S.166-210.
- 98) Mao, A.W., Bd.V, S.352-364.
- 99) Einzelheiten dazu in: Oskar Weggel, "Eindrücke und Gesprächsprotokolle von einer Reise nach Vietnam", SOAa, März 1984, S.146 ff., 191.
- 100) Weggel, Oskar, "Die Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", Hamburg und München 1986, S.176 f.
- 101) RMRB, 5.4. und 29.12.56.